



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

<b>Amtsperiode</b>	2010/2013
<b>12. Sitzung</b>	Donnerstag, 30. August 2012 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
<b>Vorsitz</b>	Bettina Lutz Güttler, Präsidentin
<b>Protokoll</b>	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
<b>Stimmzähler</b>	Marion Möllerke Brigitte Schmid
<b>Anwesend</b>	33 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Anton Meier, Gemeindeschreiber Yvette Nick für das Traktandum 11
<b>Entschuldigt</b>	Ursula Haag Reto Hehli René Roth Ferdinand Senn Christoph Villiger Michael Weber Ueli Zulauf
<b>Ende der Sitzung</b>	22.45 Uhr

<b>Behandelte Geschäfte</b>			<b>Seite</b>
1	2012/18	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	216
2	2012/19	Einbürgerungen	217
3	2012/20	Wahl eines Mitgliedes in die Einbürgerungskommission (Rücktritt Silvia Dingwall)	219
4	2012/21	Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland / Teiländerung Goldiland	220
5	2012/22	Einführung von Tagesstrukturen in der Gemeinde Obersiggenthal	221
6	2012/23	Neubau von Tagesstrukturen und Kindertagesstätte im "Goldiland"; Wettbewerbskredit von CHF 150'000, Planungskredit von CHF 240'000	234

7	2012/24	Ersatzbeschaffung Kommunalfahrzeug, Kredit von CHF 190'000	240
8	2012/25	Hallen- und Gartenbad, Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewasseraufbereitung, Kredit von CHF 1'720'000	241
9		Kreditabrechnungen	243
	2008/23	Ersatz schweres Rüstfahrzeug (Pionier) der Feuerwehr	
	1998/49	Generelle Entwässerungsplanung (GEP)	
10	2012/16	Postulat Silvia Dingwall (Fraktion SP/Grüne): Beteiligung der Gemeinde Obersiggenthal am Projekt "Gemeindesolidarität für Trinkwasser in Entwicklungsländern". Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	243
11	2012/17	Motion Yvette Nick: "Prüfung der Verwendung eines bewegungsabhängigen LED-Beleuchtungssystems beim Ersatz von Strassenbeleuchtungen". Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.	244
12	2012/26	Umfrage	245

**Bettina Lutz Güttler, Präsidentin:** Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse.

Die Traktandenliste haben Sie zusammen mit den Unterlagen erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Ursula Haag, Reto Hehli, René Roth, Ferdinand Senn, Christoph Villiger, Michael Weber und Ueli Zulauf. Drei Einwohner-räte sind noch auf dem Weg zur Sitzung.

Es sind somit zu Beginn der Sitzung 30 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 16.

Entschuldigungen müssen auch nachträglich noch gemeldet werden, damit klar definiert werden kann, ob jemand entschuldigt war oder nicht.

## **1      2012.18      Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll**

**Bettina Lutz Güttler:** Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 2. Juli 2012 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 24. Mai 2012 in Rechtskraft erwachsen: Verwaltungsrechnung 2011; Rechenschaftsbericht 2011; Kreditabrechnungen Los 4 und 5; Kredit von CHF 700'000 für die Strassen- und Werkleitungssanierung Flühstrasse, Rieden; Kredit von CHF 292'000 für das öffentliche Kanalisationsnetz, Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen; Nachtragskredit von CHF 90'000 für die Erneuerung der Beleuchtung im OSOS; Kredit von CHF 225'000 für die Sanierung Wohnung Hallen- und Gartenbad.

Zu den **Mitteilungen:** **Bettina Lutz Güttler:** Der erste Termin für die Oktober-Sitzung entfällt. Einerseits ist keine Steuerfusserhöhung vorgesehen und andererseits sind zu wenige Traktanden vorhanden.

Es sind jetzt 31 Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 16.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Im Juni 2012 wurden Sie für eine Orientierung der Zonenplanrevision eingeladen. In der Zwischenzeit sind sehr viele Eingaben eingegangen, dies ist sehr erfreulich und es unterscheidet sich auch wesentlich von der letzten Zonenplanrevision, wo viel weniger Eingaben gemacht wurden. Erfreulich ist dies darum, weil es zeigt, dass die Bevölkerung Interesse hat und wissen will, wohin unsere Gemeinde in den nächsten 15 Jahren möchte. Es sind rund 40 Eingaben eingegangen, diese wurden alle gesichtet und der Planer hat diese gewichtet und Bemerkungen abgegeben. Die Planungskommission hat den Bericht des Planers besprochen und verabschiedet. Der nächste Schritt ist die Beratung im Gemeinderat im September. Ende September wird das Ergebnis der Mitwirkung bekanntgegeben und alle, die eine Eingabe gemacht haben, erhalten vom Gemeinderat eine schriftliche Mitteilung, damit Sie sich ein Bild über den Stand der Zonenplanrevision machen können.

Beim Kanton wurde die Umsetzung der Busspur in Kirchdorf beantragt. Im September findet eine erste Sitzung statt. Dort wird besprochen, wie dieses Projekt weitergeführt werden soll. Anschliessend gibt es eine Planbearbeitung und wenn alles gut geht, kann die Projektauflage im Verlauf des Sommers 2013 gemacht werden. Anschliessend kommt das Baugesuch. Die Gemeinde ist nur mit den Werkleitungen beteiligt, die Strasse hingegen ist Sache des Kantons.

Die voraussichtlichen Traktanden der Oktober-Sitzung: Voranschlag 2013, Finanz- und Investitionsplan, Einbürgerungen und die Kreditvorlage Gebäudeleitsystem OSOS.

**Hansruedi Hess, Vizeammann:** An der letzten Einwohnerratssitzung haben Sie die Beleuchtung im OSOS bewilligt und somit auch das Einrichten eines Musterzimmers und eines Gangab-

schnittes. Die Bemusterungen sind in der Zwischenzeit realisiert. Sie können in der Pause angeschaut werden, um sich einen Eindruck zu verschaffen.

**Bettina Lutz Güttler:** Es sind inzwischen 32 Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 17.

**Bettina Lutz Güttler:** Zu den **Eingängen:** Am 28. August 2012 ist ein Postulat eingegangen von Ueli Zulauf betreffend Mitwirkungs- und Planungsprozess beim Baldeggtunnel. Sie finden die Unterlagen vor sich auf dem Tisch.

Das Postulat von Erich Schmid, welches Sie in der Mai-Sitzung erhalten haben, wird an der Oktober-Sitzung traktandiert.

Peter Frey hat per Ende 2012 den Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 24. Mai 2012 wurde rechtzeitig verschickt. Innerhalb der Frist von zehn Tagen sind beim Büro zwei Anträge auf Berichtigung des Protokolls eingegangen. Es betrifft dies die Seite 190, letzter Abschnitt. Es heisst dort, die Pflegefinanzierung mit rund CHF 237'000 Mehrausgaben ist darauf zurückzuführen... Es sind nicht Mehrausgaben sondern Minderausgaben. Auf der Seite 209 heisst es beim Votum von Peter Marten: Ebenfalls gefreut hat mich die Aussage, dass man sich dafür einsetzen möchte, für die Zu- und Abfahrten bei diesem Tunnelausgang. Richtig sollte es heissen: Ebenfalls gefreut hat mich die Aussage, dass man sich dafür einsetzen möchte, für die Untertunnelung der Zu- und Abfahrten bei diesem Tunnelausgang.

Das Protokoll vom 24. Mai 2012 gilt gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

## **2      2012.19      Einbürgerungen**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Bettina Lutz Güttler:** Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

\_\_\_\_\_

**Patrick Hehli:** Ich habe zwei Fragen zu diesen Einbürgerungen. Bei Frau Shqipe Salihu konnte bei der Aktenauflage verschiedene Berichte gelesen werden. Diese Berichte könnten nicht unterschiedlicher sein. Der eine Bericht sehr positiv, der andere Bericht eher negativ. Erfreulich ist, dass zwar die Kommission dies festgestellt hat und auch geschrieben hat. Weniger erfreulich war, dass anschliessend nicht zu erfahren war, welche Konsequenzen es hatte. Für mich stellt sich nach wie vor die Frage, welchem Bericht soll ich mehr Beachtung schenken.

Ich musste feststellen, dass die Fragebögen von Kristiana Paluca und Shqipe Salihu wortwörtlich gleich beantwortet wurden. Entweder ist es ein Zufall oder es könnte auch sein, weil beide an der gleichen Adresse wohnen. Da stellt sich die Frage, ob der Kommission solche Sachen auch aufgefallen sind. Für mich als Einwohnerrat ist der Schlussscheid davon abhängig, was ich in der Auflage lesen kann. Wenn ich solche Sachen sehe, dann kommen bei mir aber Zweifel auf, vor allem wenn ein Fragebogen wortwörtlich gleich ausgefüllt wurde von verschiedenen Personen. Ob diese Gesuchsteller wirklich mit letzter Konsequenz und allem was dazu gehört, das Schweizer Bürgerrecht möchten. Ich bitte an dieser Stelle einmal mehr die Kommission, die Unterlagen nochmals genau durchzulesen, dass nicht solche Sachen vorkommen. Für uns Einwohnerräte löst dies Fragen aus.

**Marion Möllerke:** Bei einer stufenübergreifenden Projektwoche war Shajpe Salihu in meinem Kurs. Sie war sehr aktiv und engagiert. Ich weiss nicht was dies für Berichte sind, aber mir ist Shajpe Salihu sehr positiv aufgefallen.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Es wurde bei den unterschiedlichen Berichten von Shajpe Salihu nachgefragt. Sofern eine Lehrperson den Schüler infolge Stufenwechsel noch nicht lange kennt, möchte der Einwohnerrat von der vorgängigen Lehrperson ebenfalls noch einen Bericht. Sie haben gesehen, dass die sehr negativen Berichte aus der Mittelstufe kommen. Ich weiss, dass der Schulleiter nochmals bei der heutigen Lehrerin nachgefragt hat und dass diese zu ihrem sehr positiven Bericht steht. Sie bestätigt, dass dieser positive Bericht der Wahrheit entspreche. Aus unserer Sicht kann es ja nur positiv sein, wenn wir eine Entwicklung sehen, die zum Besseren ist. Kommt dazu, dass einige negative Punkte in diesem Bericht, vielleicht den Eltern vorgeworfen werden müssten. Ich bitte Sie, diesem Einbürgerungsgesuch zuzustimmen.

Das andere Anliegen nehme ich mit in die Einbürgerungskommission. Ich gehe aber davon aus, dass sie den Antrag gemeinsam ausgefüllt haben.

**Dieter Martin:** stellt im Namen der FDP-Fraktion den

**Antrag,**

**es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.**

\_\_\_\_\_

**Bettina Lutz Güttler:** Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit 9 Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Die Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich deutlich mehr als 9 Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

### **3      2012.20      Wahl eines Mitgliedes in die Einbürgerungskommission (Rücktritt Silvia Dingwall)**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Bettina Lutz Güttler:** Silvia Dingwall hat den Rücktritt aus der Einbürgerungskommission eingereicht. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

**Patrick Hehli:** Die SVP-Fraktion möchte gerne Herrn Heinz Mattenberger portieren. Heinz Mattenberger ist parteilos, geboren am 2. Juli 1955 und ist Bürger von Birr AG. Er wohnt seit 1989 in Rieden. Er ist verheiratet mit Ursula Mattenberger, welche in der Spitex Obersiggenthal tätig ist. Die Primar- und Sekundarschule besuchte er in Wettingen, anschliessend absolvierte er ei-

ne Lehre als Innendekorateur. Nach der Lehre machte er verschiedene Sprachaufenthalte in China und der USA, bevor er eine Umschulung ins Bankgewerbe unternommen hat. Seit 1982 ist seine berufliche Tätigkeit Prokurist und Teamleiter im Backoffice bei der UBS in Zürich. Er ist seit vielen Jahren aktiv bei den Senioren beim Tennisclub Obersiggenthal, während 10 Jahren als Kassier im Vorstand. Zu seinen weiteren Hobbies gehören Skifahren, chinesische Kaligraphie und Tuschkmalerei, Familie und Reisen. Die SVP-Fraktion betrachtet Herrn Mattenberger als geeigneter Kandidat, leider wie bereits erwähnt, ist er parteilos. Wir möchten Sie bitten, Herrn Mattenberger Ihre Stimme zu geben. Herr Mattenberger hat seine gesamten Wurzeln in der Schweiz. Meiner Ansicht nach ist es von Vorteil, wenn man parteiunabhängig ist und auch ein Nicht-Einwohnerratsmitglied in dieser Kommission Einsitz nehmen darf. Der Anteil von Männern und Frauen in der Kommission, die momentan eher frauenlastig ist - nicht dass dies negativ wäre - wäre wieder ausgeglichener. Wir finden, Bürger, welche sich in der Gemeinde engagieren möchten, sollten ihre Chance bekommen. Wir haben grundsätzlich nichts gegen Frau Möllerke, wir kennen sie als Einwohnerrätin. Unsere Bedenken sind insbesondere, dass sie Direktbetroffene oder eigene Schüler beurteilen müsste. Natürlich kann auch Herr Mattenberger einen Kollegen als Gesuchsteller antreffen, die Chance ist aber kleiner und die Befangenheit ist eher ausgeschlossen bei einer neutralen Person als bei einer Lehrperson. Wir bitten Sie, Herrn Mattenberger die Stimme zu geben und ihn in die Einbürgerungskommission zu wählen.

**Theo Flückiger:** Die Fraktion SP/Grüne schlägt Ihnen Frau Marion Möllerke für die Wahl als Mitglied der Einbürgerungskommission vor. Sie ist uns allen bestens bekannt durch die Mitarbeit im Einwohnerrat. Durch ihre Tätigkeit als Lehrerin kennt Marion Möllerke viele der jungen Gesuchsteller persönlich, wir schauen dies als Qualität an. Sie ist sehr wohl in der Lage, diese Gesuche sehr gut beurteilen zu können, da sie die Lebensumstände der Menschen kennt. Gleichzeitig hat sie selber den Weg der Einbürgerung durchlaufen und kennt das Verfahren sehr genau. Aus diesen Gründen aber auch weil wir der Meinung sind, dass sämtliche politischen Parteien in der Einbürgerungskommission vertreten sein sollten, bitten wir Sie, Marion Möllerke mit einem ehrenvollen Resultat zu wählen.

**Erich Schmid:** Bei der Einbürgerungskommission muss eine bestimmte Anzahl Einwohnerräte vertreten sein. Ist es überhaupt möglich, dass Heinz Mattenberger gewählt werden könnte?

**Patrick Hehli:** Momentan sind in der Einbürgerungskommission alles Einwohnerratsmitglieder.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Bettina Lutz Güttler:** Aus naheliegenden Gründen muss Marion Möllerke bei der Auszählung der Stimmen in den Ausstand treten. Ich stelle den Antrag, dass wir Peter Marten kurzfristig als Ersatzstimmzähler delegieren.

Die Wahl eines Mitgliedes der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 erfolgt schriftlich und ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Eingelegte Stimmzettel	33
Leere und ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	33
Absolutes Mehr	17
Stimmen haben erhalten:	
Möllerke Marion, SP	26
Mattenberger Heinz, parteilos	7

Gewählt ist:  
Möllerke Marion, SP

26

#### **4      2012.21      Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland / Teiländerung "Goldiland"**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Josef Sieber:** Die CVP-Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderates, die Umzonung der beiden Parzellen Goldiland von der laufenden Teilzonenplanrevision loszulösen. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Eine Anmerkung habe ich aber noch. Ich habe diese Vorlage sicher drei Mal durchgelesen, habe aber nicht herausgefunden, was geändert werden soll. Es steht nur, dass es früher Landwirtschaftszone gewesen ist, was es aber neu sein soll, konnte ich nicht herausfinden. Ich finde, bei so einer Vorlage wäre ein Plan oder eine Skizze sinnvoll.

**Werner Digel:** Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Entscheid des Gemeinderates zur Umzonung an.

**Dieter Martin:** Damit überhaupt die nächsten Schritte vollzogen werden können, steht die FDP-Fraktion hinter diesem Antrag. Es macht auch Sinn, sollten die Tagesstrukturen abgelehnt werden, was wir natürlich nicht hoffen.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Der Antrag sollte noch ergänzt werden. Die Zone wäre neu Zone für öffentliche Bauten. Es stimmt, im Antrag steht es nicht. Wenn man in der Aktenauf-  
lage war, hatte es einen Plan, wo es ersichtlich war. Neu heisst der Antrag: Die Teiländerung Nutzungsplanung "Goldiland"; Siedlung und Kulturland in die Zone öffentliche Bauten, wird genehmigt.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

#### **Abstimmung**

**Die Teiländerung Nutzungsplanung "Goldiland"; Siedlung und Kulturland in die Zone öffent-  
liche Bauten, wird einstimmig genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

#### **5      2012.22      Einführung von Tagesstrukturen in der Gemeinde Obersiggenthal**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie in-  
ständig, der heutigen Vorlage für die Einführung von Tagesstrukturen im Interesse unserer  
Gemeinde zuzustimmen. Wir fünf Gemeinderatsmitglieder hier, da bin ich ganz sicher, haben  
daran kein persönliches Interesse. Oder doch: Wir wollen alle ganz persönlich nicht, dass  
Obersiggenthal in der Region als rückständigste, knauserigste, familien- und kinderfeindlichste  
Gemeinde gilt, die nicht rechnen kann und die Zeichen der Zeit nicht sieht.

Man kann durchaus der Meinung sein, dass die Kinder vor und nach der Schule zu Hause, natürlich bei der Mutter, die beste Betreuung erhalten. Aber Sie alle hier kennen Beispiele, da bin ich überzeugt, wo Sie meinen, dass dieses oder jene Kind in einem Hort oder in einer Krippe besser aufgehoben wäre. Sie alle hier kennen Beispiele von Müttern und Vätern, die ihre Kinder tageweise fremdbetreuen lassen und wo Sie bei Weitem nicht auf die Idee kämen zu sagen, diese Eltern seien verantwortungslos und würden ihre Pflichten vernachlässigen. Ich persönlich bin überzeugt, dass alle Eltern für ihr Kind nur das Beste wollen und in ganz vielen Fällen gehört zum Besten-für-das-Kind-Wollen auch, dass deren Mütter weiterhin berufstätig sein können und dass die Kinder zusätzlich zur Schule stunden- oder tageweise von zu Hause weg sind.

Als Eltern lassen wir unsere Kinder ihren Wunschberuf wählen; wir ermöglichen ihnen eine gute Ausbildung, in der Annahme, dass sie damit eine gute Ausgangslage für ihre 40 oder mehr Jahre dauernde berufliche Tätigkeit haben. Und dann wünschen sich die meisten von uns auch Grosskinder. Aber so wenig wie wir uns vorstellen, dass unsere grossen "Kinder" (Frauen und Männer!) im Beruf 15 oder 20 Jahre lang ohne Weiterbildung tätig sein könnten, so wenig können wir uns vorstellen, dass sie eine 15- oder 20-jährige Kinderpause machen und dann problemlos wieder einsteigen.

Eine 15- oder 20-jährige Kinderpause (der Mutter oder des Vaters!) ist aus volkswirtschaftlicher Sicht absoluter Blödsinn. Das gebe ich vor allem denjenigen Einwohnerräten zu bedenken, die aus finanziellen Gründen skeptisch sind. Der Kanton geht heute davon aus, dass bis zu zwei Drittel der in den nächsten 20 Jahren in den Aargau kommenden Zuwanderer Akademiker sind. Diese Zuwanderer mit universitärer Ausbildung, auch die Frauen, werden ganz sicher auch mit Kindern berufstätig bleiben. Ich persönlich hoffe fest, dass dies auch für unsere jungen Schweizerfrauen, die wir, wie gesagt, gut und teuer ausbilden, gilt. Man überlege sich nur mal die Konsequenzen für die Finanzen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes, wenn diese jungen Frauen gleich wie heute oder noch verstärkt, freiwillig oder gezwungenermassen, auf die "Kinderkarte" setzen.

Nun aber zu den Details der Vorlage:

(1.) Wenn Sie dem Kauf des Bauernhauses im Goldiland zugestimmt haben und beabsichtigen, in Traktandum 6 dem Wettbewerbs- und Planungskredit zuzustimmen, brauchen wir vorher ihr Ja zum Grundsatzentscheid. Wir können uns nur dann an den Bau dieses Hauses machen, wenn wir die Tagesstrukturen tatsächlich einführen und die Kindertagesstätte tatsächlich zügeln wollen.

Ich weiss, Ihnen sind die Zahlen zu ungenau und der Gemeinderat steht dazu, dass es um geschätzte jährliche Betriebskosten geht. Es kann nur eine Schätzung sein,

- weil wir nicht wissen, wie sich die Belegungszahlen tatsächlich entwickeln,
- weil wir nur schätzen können, ab wann die vollen 60 Plätze tatsächlich belegt sein werden,
- weil wir die Raumkosten nur schätzen können,
- weil wir nur Annahmen treffen können, welche sozialen Schichten das Angebot nutzen werden und wie hoch damit die Elternanteile bzw. Subventionen sein werden.

Lieber Einwohnerrat, Sie haben schon oft Vorlagen angenommen oder abgelehnt, die nur auf Schätzungen der Exekutiven, natürlich nach deren bestem Wissen und Gewissen, beruhen. Wie immer Sie der kantonalen Steuergesetzrevision in drei Wochen gegenüberstehen: Es geht um eine Schätzung, wenn der Kanton Ihnen Zahlen über die voraussichtlichen Mindereinnahmen für Kanton und Gemeinden nennt. Oder erinnern Sie sich an die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform von 2008 und die damaligen Prognosen von Bundesrat Merz? Ich kann Ihnen versichern, so weit weg vom tatsächlichen Resultat werden wir mit unserer Schätzung nie liegen! Und zudem: Auch unsere jährlichen kommunalen Finanzpläne beruhen auf Annahmen und Schätzungen, die dann jedes Jahr wieder aufs Neue überprüft und nötigenfalls angepasst werden müssen. Das ist hier, bei diesem Grundsatzentscheid, nicht anders.

(2.) Ursprünglich wollten wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Wettbewerbs- und Planungskredit nur den Grundsatzentscheid für die Einführung von Tagesstrukturen gemäss Antrag 1 unterbreiten. Es kam dann aber zu dem aus Sicht des Gemeinderates erfreulichen Zufall, dass sich die Möglichkeit ergeben hat, im Haus der katholischen Kirche am Kirchweg 2 in Nussbaumen eine Übergangslösung einzurichten. Sie haben die von Gemeinderätin Therese Schneider erstellte Übersicht über die heutige Belegung des Mittagstisches, der Tagesschule in Baden, in unserer Kita, in den Randstunden sowie an Plätzen in Tagesfamilien gesehen. Wir sind der Meinung, dass es sich aufgrund dieser Zahlen tatsächlich rechtfertigen lässt, möglichst bald zu starten und nicht zu warten, bis das Haus im Goldiland bezugsbereit ist. Zu diesem Zwischenschritt sollten eigentlich auch diejenigen Skeptiker Ja sagen können, die vor zwei Jahren ein langsames Starten und für den Beginn nur ein kleineres, der Nachfrage angepasstes Angebot verlangt haben.

(3.) Wie gesagt, die Möglichkeit im Haus am Kirchweg 2 in Nussbaumen eine Übergangslösung anzubieten, hat sich erst kurz vor den Sommerferien ergeben. Wir mussten Ihnen aus Termingründen mit dem Versand dieser Vorlage eine erste grobe Kostenschätzung mitliefern. Überarbeiten und auf das Nötigste reduzieren konnten wir diese erst nach der Sommerferienpause. Und die Kirchenpflege selbst konnte unseren Vorschlag erst Mitte August an ihrer Sitzung behandeln. Deshalb müssen wir den Kreditbetrag in unserem Antrag 3 (von CHF 150'000) jetzt auf CHF 60'000. korrigieren. Bitte haben Sie dafür Verständnis. Die überarbeitete Kostenschätzung haben Sie per Mail am 21. August erhalten. Daraus ist ersichtlich, dass wir diese dank rigorosem Streichen auf CHF 120'000 ungefähre Anlagekosten reduziert haben. Ich versichere Ihnen, dass wir wirklich nur das Nötigste machen werden. Das ist auf jeden Fall sinnvoll, weil es ja eben nur eine Übergangslösung ist. Dass nur das Dringendste geändert wird, ersehen Sie daran, dass wir die heutigen Badezimmer in ihrer Grundstruktur belassen, auch wenn diese für eine Kinderbetreuungseinrichtung tatsächlich nicht ideal sind oder dass wir nur zum Teil neue Kunststoffbodenbeläge vorsehen oder dass wir nur einen Teil der ursprünglich geplanten Malerarbeiten ausführen lassen wollen.

(4) Der Gemeinderat hat sich sehr darüber gefreut, dass sich die Kirchenpflege bereit erklärt hat, für Anpassungs- und Instandstellungsarbeiten einen fixen Betrag von CHF 70'000 bereitzustellen. Davon also ausgehend, dass die katholische Kirche CHF 70'000 von CHF 120'000 übernimmt, bleibt ein Betrag von CHF 50'000: CHF 120'000 abzüglich CHF 70'000 vom Eigentümer des Hauses ergibt CHF 50'000 zu Lasten des Mieters, also der Gemeinde. Dazu kommen CHF 10'000 als geschätzter Aufwand für Möblierung und Einrichtung. Es ist allerdings nicht sicher, dass diese Möbel später im Goldiland weiterverwendet werden, weil man dann zumal wohl die Einrichtung als Ganzes plant. Ich kann Ihnen aber versichern, dass jetzt sicher keine Einrichtungsgegenstände aus dem exklusiven Schulmöbel-Lieferanten-Katalog beschafft werden. Es ist im Gegenteil gut möglich, dass Sie einen Aufruf in der Rundschau sehen, in dem gefragt wird, ob jemand ein Sofa, ein Regal, Farbstifte oder einen Tischtennistisch in gutem Zustand hat, nicht mehr braucht und für die Tagesstrukturen zur Verfügung stellen kann. Wie gesagt, die Übergangslösung soll eine Übergangslösung sein und braucht folglich nicht superperfekt zu sein!

Der Gemeinderat ändert also den Betrag im Antrag 3 auf CHF 60'000 ab. Dieser lautet demnach wie folgt: "Für die Renovation sowie die Möblierung und Einrichtung der gemieteten Liegenschaft der katholischen Kirchengemeinde am Kirchweg 2 in Nussbaumen genehmigt der Einwohnerrat einen Kredit in Höhe von CHF 60'000".

(5.) Und jetzt noch zur Miete des Hauses am Kirchweg 2. Hier muss im heutigen Zeitpunkt von CHF 4'000 Monatsmiete, exkl. Nebenkosten, ausgegangen werden, was uns, zugegenermassen, sehr, sehr hoch erscheint. Diesen Mietzins hat die Kirchenpflege an ihrer Sitzung Mitte August auf der Basis des Kaufpreises für das Haus, auf einer Schätzung des Hauseigentümergegenstands und unter Berücksichtigung des Beitrages an die Erneuerungskosten in Höhe von CHF 70'000 festgelegt. Sollten für die Kirche weniger Instandstellungskosten entstehen, könnte der Mietbetrag, so die Zusage, verhandelt, sprich nach unten korrigiert werden.

Unser Antrag für die Zwischenlösung in Nussbaumen im Haus am Kirchweg 2 beruht auf der Zusage der katholischen Kirchenpflege. Diese hat dem Gemeinderat schriftlich bestätigt, dass sie für dieses Haus eine Lösung mit sozialem Charakter, wie es die Tagesstrukturen seien, befürwortet. Als Termin für das Mietverhältnis schlägt sie die Zeit vom 1. Februar 2013 – 31. August 2016 mit Verlängerungsoption vor. Dies sind die Anhaltspunkte für den Mietvertrag, den die Kirchenpflege mit der Gemeinde abschliessen wird; abschliessen unter Vorbehalt, dass auch die Kirchgemeindeversammlung dem Vorgehen und der Vermietung zustimmt. Sie sehen, Gemeinderat und Kirchenpflege wären sich einig. Aber so, wie Sie als Einwohnerrat mit der Zustimmung zu unserem Antrag abschliessend darüber entscheiden, ob die Gemeinde dort vorübergehend Tagesstrukturen einrichten kann, so entscheidet für die katholische Kirche definitiv erst die Kirchgemeindeversammlung vom 22. November. Im heutigen Zeitpunkt danken wir vom Gemeinderat der Kirchpflege für ihre Bereitschaft, das Geschäft zu beantragen. An Sie geht die Bitte, sofern Sie katholisch sind, nach dem heutigen Ja im Einwohnerrat im November auch an der Kirchgemeindeversammlung für das Projekt einzutreten.

Meine Damen und Herren, jetzt habe ich wirklich viel und lang geredet. Aber ich bin tatsächlich der Meinung, dass die Tragweite dieses Geschäftes für unsere Gemeinde so viel Redezeit verträgt. Und ich bin auch der Meinung, dass sich so viel finanzieller Aufwand für die Obersiggenthaler Familien und Kinder rechtfertigen lässt. Und es ist viel, nämlich etwa 2 Steuerprozent, für den jährlichen Betriebsaufwand. Und auch wenn ich eigentlich nicht Bevölkerungsgruppen oder finanzielle Budgetposten gegeneinander ausspielen will, sage ich es jetzt trotzdem. Für unser AWZ haben wir gerne einen Beitrag von CHF 5 Mio. geleistet, auch wenn viele ältere und kranke Leute lieber nicht fremdbetreut würden. Oder: Unser Hallen- und Gartenbad ist uns lieb und teuer, obwohl wir auch mit Wandern oder Joggen fit bleiben oder zuhause auf der Terrasse an der Sonne liegen könnten. Ich bitte Sie deshalb, mit Ihrem Ja zu unseren Anträgen zu belegen, dass für die Obersiggenthaler Volksvertreterinnen und Volksvertreter die schöne Aussage, dass die Kinder unsere Zukunft sind, nicht nur eine Worthülse ist. Vielen Dank.

**Patrick Hehli:** Wie bereits in der zurückgewiesenen Vorlage im Oktober 2010 hat sich auch dieses Mal die SVP-Fraktion sehr schwer getan und hat sehr lange und ausführlich darüber diskutiert. Ich gebe es offen zu, wir waren uns nicht auf Anhieb einig. Einig waren wir uns nur, dass nach zwei Jahren die Vorlage immer noch nicht zufriedenstellend ist und für uns noch immer viele Annahmen und offene Punkte vorhanden sind. Wir haben es soeben beim Votum der Gemeindevorsteherin gehört. Ein Teil der Fraktion wollte sogar nochmals die gesamte Vorlage zurückweisen. Die SVP-Fraktion steht immer noch dazu, dass es Tagesstrukturen früher oder später in unserer Gemeinde benötigt und sie auch notwendig sind, um die Standortqualität zu pflegen. Das Vorgehen des Gemeinderates erscheint uns zurzeit effektiv als Zwängerei. Wir fragen uns, wieso jetzt so auf das Tempo gedrückt wird, obwohl noch so viele Punkte offen und ungeklärt sind. Sogar der Kanton hat das Projekt Tagesstrukturen zurückgestellt. Jeder der etwas von Politik versteht, der weiss, dass sich die Regierung zurzeit hütet, solche kostspielige Dossiers dem Souverän vorzulegen, da Wahlen bevorstehen. Wir fragen uns, wieso wir mit den definitiven Tagesstrukturen nicht zuwarten, bis wir alle Vorgaben und Fakten von Seite Kanton auch kennen. Für uns ist es wichtig, die Tagesstrukturen als Gesamtkonzept zu betrachten. Es ist richtig, dass wir 5 Mio. Franken für die ältere Bevölkerung ausgegeben haben, das haben wir auch gerne gemacht. Wenn die beiden verschiedenen Traktanden als Gesamtkonzept anschaut werden, sind auch Kosten von ca. 5 Mio. Franken zu erwarten. Für uns ist es wichtig, die Tagesstrukturen als Gesamtkonzept zu betrachten. Das heisst, die Baukosten Goldiland sind auch miteinzubeziehen, aber auch diese sind zurzeit nur ein schätzbarer Wert. Es wird momentan immer nur von den ca. CHF 400'000 gesprochen. Aber alles ist zurzeit nur ein schätzbarer Wert. Im Weiteren fehlen uns immer noch konkrete Beantwortungen von den beiden Fragebögen. So zum Beispiel von der CVP gefordert, dass eine Berechnung mit einem Anteil von 50% Elternbeteiligung gemacht wird. Aber auch der Nachweis bzw. die geforderte Umfrage bei der Bevölkerung, ob es wirklich 60 Plätze braucht, sind immer noch nicht erbracht worden. Obwohl sich in der Zwischenzeit diverse Fakten geändert haben, hat man die Berechnung grösstenteils auf die Grundlagen der Vorlage 2010 gemacht und wieder vorge-

legt. Wieso rechnet man während den Ferien nicht gleich wie Untersiggenthal? Denn dort zahlen die Eltern während der Ferienzeit 100%. Für die SVP-Fraktion ist es aufgrund der Tatsache, dass es noch zu viele offene Punkte gibt und die jetzigen Zahlen noch nicht definitiv zu beziffern sind, zu früh. Was ist, wenn der Goldilandbau plötzlich die 5 Mio. Frankengrenze überschreitet? Was ist wenn der Kanton die Tagesstrukturen nicht einführen möchte? Was ist, wenn der Kantonsbeitrag tiefer ausfällt, als jetzt berechnet? Was ist, wenn der Kanton Vorgaben betreffend Personal macht? Was ist, wenn der Verein Tagesstrukturen nicht zustande kommt? Kann der Verein den grössten Teil eines allfälligen Defizits tragen oder kommt am Schluss wieder alles auf die Gemeinde zurück? Ich könnte noch weiterfahren und diverse Fragen aufzählen, weil wie erwähnt, noch sehr viele Punkte zum jetzigen Zeitpunkt offen sind. Ich möchte alle daran erinnern, wie es beim Krippenpool war. Es wurde ein Betrag angenommen, aber durch Änderungen, Vorgaben und Zusammenschlüsse ist der Betrag um fast 40% in den ersten drei Jahren gestiegen. Ein weiterer Anstieg ist zu erwarten im Dezember, mit der Vorlage familienergänzende Betreuung Vorschulkinder. Geschätzter Einwohnerrat, möchten Sie wirklich dem Souverän eine Vorlage zur Abstimmung unterbreiten, bei welcher die Zahlen sehr mager und auf Schätzungen basieren? Die SVP-Fraktion ist sich ganz sicher, dass dieser Betrag höher als CHF 400'000 ausfallen wird. Können Sie dies als Volksvertreter und Einwohnerrat wirklich verantworten? Ich nicht. Ich bin mir sicher, wie das Amen in der Kirche, dass dieser Betrag von CHF 392'000 nicht ausreichen wird. Die Bevölkerung versteht jetzt zum Teil schon nicht, wieso ein Goldiland gekauft wird und es nachher abgerissen werden soll. Dann hätte man auch günstiges Bauland erwerben können, sind die Aussagen im Dorf. Dies ist aber ein anderes Thema und gehört ins nächste Traktandum. Für uns auch unverständlich, wieso die Gemeinde etwas mieten möchte und dann CHF 150'000 resp. CHF 62'000 für eine Renovation einer Lokalität bezahlen muss. Geschätzter Einwohnerrat, würden Sie eine Wohnung oder ein Haus mieten, wohlverstanden CHF 4'000 exkl. Nebenkosten und würden dann noch CHF 30'000 investieren. Kommt noch dazu, dass die Kirchgemeinde der Vermietung zuerst zustimmen muss. Weil sie eigentlich die Liegenschaft verkaufen möchten, wie es beschlossen wurde. Wie bereits erwähnt, ist die SVP-Fraktion nicht gegen die Tagesstrukturen, nein, wir erachten diese sogar als notwendig, aber nicht um jeden Preis. Wir sind mit der Vorlage und der Tatsache, dass noch viele offene Punkte vorhanden sind, unzufrieden für eine definitive Annahme der Tagesstrukturen. Wir möchten den Antrag 1 zurückweisen. Der Gemeinderat soll nochmals Zeit bekommen, um die offenen Punkte zu klären, damit dem Stimmbürger ein Betrag genannt werden kann, welcher nicht innerhalb von 2 - 3 Jahren auf das Doppelte oder mehr steigen wird. Wieso wird nicht in dieser Zeit das Teilangebot wie in der Vorlage vom Oktober 2010 auf eine Zeit von drei Jahren fixiert? Um aber der Bevölkerung zu zeigen, dass wir nicht nur zu den Tagesstrukturen stehen, wollen wir den Antrag 2 und 3 grossmehrheitlich annehmen. Wir stellen aus den oben genannten Gründen dem Gemeinderat folgenden Anträge:

1. Den Antrag 1 zurückzuweisen und nochmals zu überarbeiten. Die Aspekte des Kantons sind abzuwarten, bevor man die Vorlage dem Einwohnerrat nochmals unterbreitet, damit anschliessend definitiv zugestimmt werden kann und klar ist, welche Kosten durch Vorlage des Kantons auf die Gemeinde zukommen.
2. Die Einführung des Teilangebots mit 20 Tagesstrukturplätzen ist als Pilotprojekt auf drei Jahre hinaus zu führen, mit der Option einer möglichen Verlängerung. Nach zwei Jahren soll dem Einwohnerrat genau Bericht erstattet werden über Finanzen, Nachfragen, usw.

Durch diese Anträge wird nichts verbaut. Ein allfälliges Argument, dass die Anträge 1 - 3 nur im Gesamtpaket Sinn machen, können wir so nicht gelten lassen. Mit der Rückweisung schicken wir die Tagesstrukturen nicht endgültig Bach ab, sondern schaffen nur Klarheit. Auch der Bau vom Goldiland ist nicht vergebens, denn der Mittagstisch und das Strübelihuus brauchen jetzt schon Platz. Auch könnte die Schule diverse Räume je nachdem als AVOR-Räume nutzen.

Geschätzter Einwohnerrat, ich bitte Sie, diesen zwei Anträgen zuzustimmen, denn dadurch bleiben wir auch beim Stimmvolk als Einwohnerrat glaubwürdig, indem wir keine Vorlagen

verabschieden in denen die Zahlen unseriös und wackelig sind. Im Übrigen hat auch das durch den Gemeinderat gern genommene Beispiel Ennetbaden die Tagesstrukturen zuerst als Pilotprojekt auf drei Jahre heraus gestartet. Leider wurde dies vom Gemeinderat nirgends erwähnt.

**Dieter Martin:** Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag 1 einstimmig zu. Dass Tagesstrukturen zur Verfügung stehen, entspricht einem echten Bedürfnis von vielen Familien in unserer Gemeinde und viele Familien, die daran denken, in unsere Gemeinde zu ziehen. Wir sind eine attraktive Gemeinde. Wir können das Rad der Zeit nicht zurückdrehen und wollen der gesellschaftlichen Entwicklung im Hinblick auf das heutige Berufs- und Familienverständnis mit den Doppelverdienern und Alleinerziehern gerecht werden. Besonders wenn wir die demographische Entwicklung in unserer Gemeinde anschauen, liegt es in der Verantwortung der Politik und im Interesse der Einwohner und Einwohnerinnen, mit der Bereitstellung der nötigen Infrastruktur dafür zu sorgen, dass junge Paare auch in Obersiggenthal eine Chance sehen, Job und Familie unter einen Hut zu kriegen. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ist auf ein Fundament mit sozial gesundem Nachwuchs angewiesen. Da es sich bei diesem Antrag um einen Grundsatzentscheid handelt, nimmt die FDP-Fraktion den dargelegten Kostenrahmen zur Kenntnis. Ich möchte auch den anderen Parteien beliebt machen, für die Einführung der Tagesstrukturen zu stimmen.

Der Antrag 2 mit dem Vorschlag des Gemeinderates, eine rasch realisierbare Übergangslösung mit 20 Tagesstrukturplätzen zur Verfügung zu stellen, hat ebenfalls die Unterstützung der FDP-Fraktion, wobei auch hier der Kostenrahmen zur Kenntnis genommen wird.

Zum Antrag 3: Zum vorgesehenen Gebäude für die Übergangslösung, welches im Besitz der kath. Kirchgemeinde ist, gibt es, wie uns von verschiedenen Quellen zugetragen wurde, offenbar unterschiedliche Auffassungen zwischen der Kirchenpflege und der Kirchgemeinde. Wie bereits erwähnt wurde, möchte die Kirchgemeinde die Liegenschaft verkaufen, während die Kirchenpflege mit der Gemeinde eine Vermietung anstrebt. Darüber wird die kath. Kirchgemeindeversammlung im November entscheiden. Daraus leitet die FDP-Fraktion ab, dass der Standort für die Tagesstrukturzwischenlösung noch nicht sicher ist. Mit dieser an sich idealen und rasch realisierbaren Tagesstrukturzwischenlösung am Kirchweg 2 könnte die Gemeinde rasch auf den offenbar grossen Bedarf reagieren und könnte auch aus operativer Sicht vor der Einführung der definitiven Tagesstrukturlösung wertvolle Erfahrungen sammeln. Da sollte der Gemeinderat sicherstellen, dass dieses Gebäude auf der Basis einer Win-Win-Situation gemietet werden kann. Die FDP-Fraktion schlägt dem Gemeinderat vor, dass der Einwohnerrat in der Oktober-Sitzung über den Stand der Verhandlungen informiert und je nach Verlauf allenfalls Zusatzanträge stellen könnte. Aufgrund der innerkirchlichen politischen Situation einerseits und für die Gemeinde sehr attraktiven Zwischenlösungsoption schlägt die FDP-Fraktion vor, den Mietvertrag so auszugestalten, dass auch bei einem zwischenzeitlichen Verkauf der Liegenschaft bis zur Inbetriebnahme von den neuen Tagesstrukturen Goldiland dieser bestehen bleibt und mit einer Vormerkung im Grundbuch versehen wird. Sollte die Kirchgemeindeversammlung im November eine Vermietung an die Gemeinde Obersiggenthal widererwarten ablehnen, würde die Gemeinde aus heutiger Sicht ohne Zwischenlösung dastehen. In Anbetracht dieses Risikos stellt die FDP-Fraktion folgenden **Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, unverzüglich eine Eventualplanung für die Aufnahme einer alternativen, provisorischen Tagesstrukturplanung per August 2013 in die Hand zu nehmen. Dabei müssen die folgenden Punkte berücksichtigt werden: Das Provisorium muss für 20 Tagesstrukturplätze ausgelegt werden. Das Provisorium ist bis zur Inbetriebnahme des neuen Gebäudes für Tagesstrukturen auf dem Gebiet Goldiland zu befristen.

**Markus Renggli:** Wie bekannt ist, hat auch die CVP-Fraktion im Oktober 2010 die Vorlage zur Tagesstruktur abgelehnt. Dies aber nicht aus grundsätzlichen Gründen, sondern weil das Projekt ungeeignet erschien und viele offene Fragen bestanden haben. Mit der neuen Vorlage konnten sich nun beinahe alle Fraktionsmitglieder anfreunden und viele der offenen Fragen wurden durch die Kommission Tagesstrukturen beantwortet. Herzlichen Dank für diese grosse

Arbeit. Die neusten Zahlen über die Nutzung heutiger Tagesstrukturen von Kindern im Vorschul- und Schulalter weisen den Bedarf klar aus. Eine fortschrittliche Gemeinde in Zentrumsnähe mit einer multikulturellen Bevölkerung soll den Wandel der Zeit begleiten und für diejenigen, die diese Infrastruktur benötigen selbstverständlich unter angemessener Kostenbeteiligung der berufstätigen Eltern, die notwendigen Einrichtungen bereitstellen. Ich denke, dass wir nicht aus Angst vor dem Souverän etwas mit einer gewissen Unschärfe ablehnen sollten. Im Gegenteil, wir können ein Zeichen setzen, damit der Einwohnerrat mit grosser Mehrheit zu diesen Tagesstrukturen ja sagen kann und so auch ein Signal an die Bevölkerung senden kann, dass sich der Einwohnerrat mit diesem Geschäft intensiv auseinandersetzt und unterstützt. Wie erwähnt, müssen die Personen, welche das Angebot nutzen, einen grossen Teil selber bezahlen.

Zum Punkt 3 hat auch die CVP-Fraktion die Haltung, dass der Gemeinderat an der Sitzung vom Oktober über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der kath. Kirchgemeinde orientiert, wie der Stand der Verhandlungen ist, damit noch allfällige Massnahmen getroffen werden könnten.

Sonst ist die CVP-Fraktion mehrheitlich einverstanden und wird den drei Anträgen mit den neuen Zahlen für die Kostenbeteiligung der Gemeinde zustimmen.

**Christian Keller:** Die SP/Grüne-Fraktion ist überzeugt von dieser Vorlage und kann dieser vollumfänglich zustimmen. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat seit der letzten Abstimmung im Oktober 2010 seine Hausaufgaben gemacht hat und jetzt eine sehr gute Vorlage unterbreitet. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass die Tagesstrukturen grundsätzlich nicht bestritten sind. Schon vor zwei Jahren wurde diskutiert, dass die Tagesstrukturen früher oder später auch in unserer Gemeinde kommen werden. Wir sind der Meinung, früher wäre besser gewesen, aber es ist auch jetzt noch nicht zu spät dafür. Es besteht ein sehr grosser Bedarf an Tagesbetreuungsplätzen, auch bei uns. Wenn man in den Nachbargemeinden herumschaut, merkt man, dass Obersiggenthal im Rückstand ist. Es ist überfällig, dass auch wir Tagesstrukturen einführen. Ich hätte noch viel dazu sagen wollen, wieso man eigentlich die Tagesstrukturen braucht. Aber ich möchte es Ihnen ersparen, da die Tagesstrukturen nicht bestritten sind. Etwas aber noch zu den Kosten. Wir haben ein Schwimmbad, welches viel kostet, dies verursacht jedes Jahr CHF 400'000 Betriebsdefizit, wir bekommen dafür Lebensqualität. Dies ist gut für die Einwohnerinnen und Einwohner aber es ist auch gut für das Image der Gemeinde, es ist Standortqualität. Für diese CHF 400'000 Betriebskredit für die Tagesstrukturen wird der Bevölkerung viel mehr geboten. Es ist etwas, das uns gesellschaftlich viel bringt, es ist etwas, das volkswirtschaftlich ist, es dient der Chancengleichheit von Mann und Frau, es könnte auch die Zuwanderung dämpfen, weil die Frauen ebenfalls arbeiten können, wenn die Kinder versorgt werden. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Linus Egger:** Ich habe noch eine Frage zum Mietpreis. Ich muss vorausschicken, ich bin nicht Immobilienhändler, aber wenn ich jetzt das Haus anschau, hätte ich persönlich einen Mietpreis von CHF 2'500 bezahlt. Nach einem Umbau kostet die Miete CHF 4'000. Wenn ich dies hochrechne auf vier Jahre, ca. CHF 1'500 pro Monat, dann heisst dies, dass rund die CHF 70'000, welche investiert werden, mit dem Hauszins zurückbezahlt sind. Meine Frage geht an den Gemeinderat, wurde diese Überlegung bei der Diskussion auch berücksichtigt? Mit diesem Umbau entsteht auch ein Mehrwert an diesem Gebäude und ich gehe davon aus, wenn die Kirchgemeinde das Ganze vermietet, dass dieses Haus mit einem höheren Mietwert weitervermietet werden könnte.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Nein, so hat diese Diskussion nicht stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass wenn man von CHF 60'000 Investitionen ausgeht, nicht sehr viel vorhanden sein wird, was spätere Mieter brauchen könnten. Die Badewanne würde zum Beispiel bestehen bleiben und abgedeckt. Die Tatsache ist, wenn eine Familie diese Wohnung beziehen würde und die Badewanne benötigt, müsste diese ersetzt werden. Ich gehe davon aus, dass die Kirchgemeinde einiges mehr in die Liegenschaft investieren müsste, um diese für diesen Preis weiterzuvermieten. CHF 2'500 ist ein guter Anhaltspunkt, dies hätte ich mir auch

vorge stellt. Ich habe mich ein bisschen überzeugen lassen, dass es etwas höher sein könnte, aber nicht bis CHF 4'000. Wenn ich davon ausgehe, dass es wirklich zwei 4-Zimmer-Wohnungen sind. Es ist ein riesiges Grundstück, es hat zwei Garagen und ein Obergeschoss, welches teilweise auch genutzt werden könnte. Wenn mehr investiert werden würde in diese Liegenschaft, dann könnte man bei dieser Lage der Liegenschaft einen Mietzins verlangen, der sehr hoch ist, höher als diese CHF 4'000. Dann braucht es aber sicher höhere Investitionen, als es jetzt vorgeschlagen wird. Wenn man die CHF 60'000 auf die drei Jahre umrechnet, gibt es relativ viel. Die Investitionen im Goldiland auf 20 Jahre werden zwar massiv höher sein, als ursprünglich berechnet, aber der grosse Ausgabeposten werden die Personalkosten sein, dies war auch so in der Vorlage erwähnt.

**Linus Egger:** Es war nicht ganz eine Antwort auf meine Frage. Dass die Personalkosten höher sind, das weiss ich auch noch von meinem früheren Beruf. Aber mir geht es darum, dass die Gemeinde CHF 60'000 und die Kirchgemeinde grosszügigerweise CHF 70'000 an die Investitionen zahlt. Aber wenn meine Kopfrechnung stimmt, dann zahlt die Gemeinde CHF 72'000 innerhalb dieser vier Jahre wieder zurück mit dem höheren Mietpreis. Eine solche Rechnung habe ich noch nie gesehen, dass die Investitionen in einer solch kurzen Frist zurückbezahlt werden müssen. Das ist meine Anregung und aus diesem Grund habe ich gefragt, ob diese Diskussion geführt wurde.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Nein, eigentlich so nicht. Es ist eine kurze Frist, das gebe ich zu, aber wir möchten die Liegenschaft nur so lange. Es gibt einfach Sachen, welche wir als Gemeinde für die Tagesstrukturen möchten, welche die Kirchgemeinde nicht benötigen würde. Es geht unter anderem um das Wohnzimmer mit nebenliegendem Raum, dort möchte die Gemeinde eine Wand herausbrechen. Wenn man davon ausgeht, dass 20 Kinder das Mittagessen in diesem Raum einnehmen sollten, dann reicht ein Raum nicht aus und aus diesem Grund möchte die Gemeinde die Wand herausbrechen.

**Patrick Hehli:** Ich bitte Sie nochmals inständig, überlegen Sie sich gut, ob Sie nicht dem Antrag der SVP folgeleisten möchten. Die Antwort der Gemeinderätin zeigt auf - ich möchte die Arbeit nicht schmälern und ich bin nicht einverstanden mit der Fraktion SP/Grüne - es wurde ungenügende Arbeit geleistet. Für mich sind noch zu viele Punkte offen und wenn man dies dem Volk so vorlegt, ist es nicht fair. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrates, das Volk bestmöglich zu vertreten. Wenn wir eine Vorlage zur Abstimmung herausgeben und wir sprechen immer nur von diesen CHF 400'000 anstelle vom Gesamtprojekt. Die Tagesstrukturen kosten die Gemeinde Obersiggenthal mehr als nur die CHF 400'000. Wahrscheinlich auch sonst schon, weil der Kanton noch Vorgaben machen wird. Wir weisen so die Tagesstrukturen nicht vom Tisch, aber wir schaffen Zeit, um genauere Fakten zu liefern und die Chance ist so kleiner, dass es vom Volk abgelehnt wird. Wohlverstanden, es leben nicht nur Familien in Obersiggenthal.

**Brigitte Schmid:** Die Zwischenlösung am Kirchweg 2 hat mich sehr erfreut. Das Strübelihaus ist bereits überlastet und so gibt es immerhin Luft, wenn diese Liegenschaft gemietet wird. Allerdings finde ich den Mietpreis auch zu hoch. Ich wohne selber in einem Zweifamilienhaus mit je 4 Zimmern und da ist der Mietpreis auch mit Garten tiefer.

**Erich Schmid:** Wir haben jetzt verschiedene Fraktionsmeinungen gehört und ich möchte trotzdem noch ein paar Sachen ergänzen. Der Kirchweg 2 ist sicher eine gute Gelegenheit, ich persönlich gehe davon aus, dass man dem Gemeinderat die Verantwortung geben muss, dass er mit der Kirchgemeinde den Mietpreis aushandelt. Wir können hier diskutieren, sind CHF 60'000 zu viel oder sind CHF 50'000 gerechtfertigt. Sind CHF 4'000 Miete oder doch nur CHF 3'800 angemessen, dies ist die Aufgabe des Gemeinderates, dies auszuhandeln. Mein Vertrauen hat er dafür. Meiner Meinung nach sind CHF 4'000 auch zu hoch. Wenn man die offenen Punkte anschaut, dann sind dies die Kosten und ob die Kirchgemeindeversammlung überhaupt zustimmt. Ich unterstütze den Antrag, dass Alternativen gesucht werden. Es kann sein, dass man sich nicht einig wird über den Mietpreis oder dass die Kirchgemeindeversammlung diesen Antrag ablehnt. Es braucht aus diesem Grund eine Alternative. Ich werde aus diesem Grund den Antrag der FDP unterstützen.

Patrick Hehli und ich waren zusammen in der Aktenaufgabe, ich persönlich finde diese Vorlage auch nicht das Gelbe vom Ei. Es ist ein laufender Planungsprozess und die Vorlage ist ein Zwischenergebnis. Die Beantwortung der Fragen von der SVP und der CVP befriedigen mich nicht. Die Vorlage selber, entsprechend der Planung, die wirklich am Rollen ist und zum Teil überholt wird, glaube ich, ist die Vorlage genügend gut, um den Entscheid zu treffen, ob Tagesstrukturen ja oder nein. Ich werde den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Zu den Kosten denke ich, der Gemeinderat legt es fair auf den Tisch, es ist eine Kostenschätzung, es hat Faktoren die nicht abgeschätzt werden können. Wenn man dem Votum von Patrick Hehli folgen würde, man solle warten, bis der Kanton entscheidet, dann werden die Tagesstrukturen in 10 Jahren eingeführt. Dann ist wahrscheinlich niemand mehr von den jetzigen Einwohnerräten im Einwohnerrat, der Kanton entscheidet manchmal von heute auf morgen. Strassen öffnen und während der Sanierung wird innerhalb von ein paar Tagen entschieden, dass alle Sachen herausgeschoben werden. Wenn Wahlen sind, sollten solche Sachen nicht aufgeschoben werden, nur weil gewisse Personen Angst haben, nicht wiedergewählt zu werden. Auf den Kanton zu warten, erachte ich als gefährlich und nicht zielführend. Wenn wir das Goldiland bauen wollen, das ist das nächste Traktandum, dann müssen wir wirklich Richtung Tagesstrukturen planen können. Als Alternative zusätzliche Schulräume fürs OSOS zu schaffen, finde ich nicht gut. Wenn gebaut wird und im Nachhinein beschlossen wird, die Tagesstrukturen sollen kommen, dann sind die Räume besetzt und diese werden auch nicht wieder abgegeben und dann muss noch ein Anbau beim OSOS entstehen. Ich möchte die Anträge des Gemeinderates unterstützen und bitte auch meine Kolleginnen und Kollegen, dies so zu machen. Es wird weiter geplant, der Einwohnerrat wird weitere Ergebnisse erhalten, aber jetzt kommt der Grundsatzentscheid, Tagesstrukturen ja oder nein. Vom Volk habe ich ehrlich gesagt keine Angst, nicht weil diese dumm sind, überhaupt nicht, sondern ich glaube die Tagesstrukturen gehören heutzutage einfach dazu.

**Marion Möllerke:** Davon ausgehend, dass der Übergangslösung am Kirchweg 2 zugestimmt wird, frage ich mich, wieso wir dort erst im August 2013 starten können. Wir wissen doch, wie viele Kinder heute – im August 2012 – in den verschiedenen Tagesstrukturen sind und wie dringend die Eltern auf das Angebot warten.

Ausserdem haben wir gehört, dass die Kirchgemeinde den Mietvertrag auf Februar 2013 abschliessen will. Und wir haben auch gehört, dass die Kirchgemeindeversammlung im November definitiv entscheidet und dass anschliessend nur ganz kleine und wenig Renovationsarbeiten gemacht werden. Das müsste doch eigentlich in zwei Monaten machbar sein. Ich glaube auch, dass sich die Personalfrage in Zusammenarbeit mit Mittagstisch und Kindertagesstätte in dieser Zeit lösen lässt. Der Gemeinderat könnte doch bis im November die schon möglichen Vorarbeiten erledigen und dann nach dem Ja der Kirchgemeinde sofort mit der Umsetzung beginnen.

Könnten wir nicht schon im Februar 2013 starten? Ich stelle den Antrag, der Antrag 2 sei folgendermassen abzuändern:

Für die Übergangszeit bis zum definitiven Bezug des neuen Gebäudes für die Tagesstrukturen im Goldiland, ab Februar 2013 bis voraussichtlich im Laufe des Schuljahres 2015/16, genehmigt der Einwohnerrat die Einführung eines Teilangebots von 20 Tagesstrukturplätzen. Dafür genehmigt er die jährlichen Betriebskosten in Höhe von schätzungsweise CHF 149'000.

**Peter Stucki:** Ich bin auch kein Immobilienmensch, habe aber beruflich etwas mit Mieterausbau zu tun. Ich kann mir vorstellen, dass dieses Haus umgenutzt wird und dem eigentlichen Zweck entzogen. Es ist nicht mehr eine Wohnung sondern eine Tagesstätte. Der Vermieter hat schon das Interesse, seine Investitionen während der Mietvertragsdauer zurück zubekommen. Da anschliessend Rückbaukosten anfallen, für welche der Vermieter aufkommen muss, damit wieder der ursprüngliche Nutzen des Hauses hergestellt wird. Aus diesem Grund könnten die CHF 4'000 gerechtfertigt sein.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich möchte noch auf eine Verfahrensfrage hinweisen. Der Gemeinderat kann den Einwohnerrat in der Oktober-Sitzung schon orientieren, aber Tatsache

ist, dass wir bereits vor der Oktober-Sitzung die Unterlagen für die Abstimmung verschicken müssen.

Zur Aussage von Patrick Hehli möchte ich noch ergänzen, es trifft zu, dass die Bevölkerung das Bildungskleeblatt abgelehnt hat, aber die Obersiggenthaler Bevölkerung hat dem Teil der Tagesstrukturen zugestimmt.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass nicht die Regierung die Tagesstrukturen im Grossen Rat zurückgewiesen hat, sondern eine unheilige Allianz von Links und Rechts hat es bei der Abstimmung zu Fall gebracht.

Ich möchte Erich Schmid unterstützen. Wir müssen entscheiden, wollen wir die Tagesstrukturen oder wollen wir sie nicht. Jetzt den Vorwand zu nehmen, wir müssen auf den Kanton warten, ist völlig falsch. Wir wissen nicht, wie lange es noch geht, bis der Kanton einen Entscheid trifft, aber wir wissen, dass Obersiggenthal ein Bedürfnis hat. Der Einwohnerrat muss entscheiden, ob es Tagesstrukturen braucht oder nicht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Tagesstrukturen sehr schnell gebraucht werden.

**Marcel Müller:** Es geht nicht darum, brauchen wir die Tagesstrukturen oder brauchen wir sie nicht. Für die SVP-Fraktion sind die Kosten ein Thema. Es wurde nie gesagt, wir brauchen es nicht oder wir möchten es nicht. Sondern wir möchten schrittweise mit einem Pilot vorwärts gehen, damit geschaut werden kann, wie hoch die Bedürfnisse sind über drei Jahre. Bis dann ist der Kanton eventuell auch schon wieder weiter, dann wüssten wir, wie hoch die Beiträge sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass erst kürzlich eine passende Sendung im Schweizer Fernsehen kam. Doppelverdiener, welche ihre Kinder in die Krippe schicken, die haben unter dem Strich finanziell gesehen weniger, als wenn die Mutter zu Hause bleiben würden. Ich kenne in der Zwischenzeit viele Frauen, welche den Stress von Beruf und Kinder finanziell angeschaut haben und bemerkten, dass sie weniger haben, als wenn sie zu Hause bleiben würden. Mit anderen Worten, die Kinder werden nicht mehr in die Krippe gebracht. Frau Nussbaumer hat noch etwas zu den Zuwanderern erwähnt. Machen wir die Krippe für die Zuwanderer oder machen wir sie für die Personen welche schon hier wohnen? Und ich möchte noch daran erinnern, dass es immer noch Familienverbände gibt, es sind nicht alles Patchworkfamilien oder Alleinerziehende, es gibt auch noch Familien. Das man Familienbetreuung macht, ist hier kein Thema. Wir sprechen immer nur vom staatlich finanzierten Aufbau der Strukturen, welcher letztlich jeder Bürger in dieser Gemeinde mitzahlen muss. Kosten werden Steuerprozent bedeuten und wir müssen auch schauen, wie der Steuerfuss in Zukunft aussehen sollte. Die gesamten laufenden Kosten, welche auf die Gemeinde zukommen, welche erheblich sind und zudem die Investitionskosten bedeuten einen grossen Aufwand für die Gemeinde. Ich bin unter anderem angetreten als Einwohnerrat, um zu sagen, dass ich keine Steuerfusserhöhung möchte in der Zukunft. Mit diesem Projekt wird es eine Steuerfusserhöhung geben.

**Josef Sieber:** Vor mehr als drei Jahren habe ich dieses Postulat miteingereicht. Ich denke es ist wirklich jetzt Zeit, dass wir ja sagen zu diesen Tagesstrukturen und diese auch einführen. Wir haben verschiedene Sachen gehört, dass die Schätzung etwas komisch ist und dass es viel kostet. Es ist noch sehr vieles unklar und vage, das finde ich auch, darum möchte ich die Frage an den Gemeinderat stellen: Wieso müssen wir heute auf alle Ewigkeiten beschliessen, dass Tagesstrukturen für CHF 400'000 pro Jahr eingeführt werden? Wieso können wir nicht einfach beschliessen, wir führen es für drei Jahre ein? Dann müssen wir nämlich auch nicht vor das Volk.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Der Gemeinderat ist der Meinung, wir können nicht das Haus Goldiland aufbauen für Tagesstrukturen, wenn wir nicht beabsichtigen, wirklich Tagesstrukturen einzuführen. Ich finde es herausgeworfenes Geld, für einen Wettbewerbs- und Planungskredit sowie anschliessend die Investitionen für ein Haus, das auf Tagesstrukturen und Kindertagesstätte ausgerichtet ist, wenn es eventuell nicht bewilligt wird. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat von einem Grundsatzentscheid ausgegangen, für das nachfol-

gende Geschäft. Das Traktandum 6 ist absichtlich erst nach dem Grundsatzentscheid Tagesstruktur ja oder nein traktandiert. Wenn der Grundsatzentscheid Tagesstrukturen abgelehnt wird und entschieden wird, nur am Kirchweg 2 vorläufig anzufangen, will man dann wirklich Goldiland um- oder ausbauen?

**Patrick Hehli:** Ich möchte nochmals betonen, unser Antrag beruht nicht auf ablehnen sondern auf zurückweisen. Wenn wir ablehnen, dann ist er vom Tisch. Die SVP möchte den Antrag zurückweisen, zur Zeitgewinnung resp. damit der Gemeinderat die Chance hat, noch mehr Fakten zu sammeln, damit konkretere, abgeklärte Zahlen vorgelegt werden können. Heute wurde immer erwähnt, es ist Bedarf vorhanden, es konnte mir noch niemand konkret zeigen, es stehen 15 Kinder vor der Türe und haben keinen Platz mehr. Ich möchte konkrete Zahlen, auch was die Kosten betrifft. Nochmals, wir wollen den Antrag nicht ablehnen, wir möchten den Antrag 1 zurückweisen und dies macht das eine vom andern nicht abhängig. Wir können absolut die 20 Tagesstrukturplätze einführen aber wir können auf drei Jahre ein Pilotprojekt machen.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** In der Aktenuflage war eine Übersicht über die aktuelle Belegung, dies sind Fakten. Hat die SVP keine Kenntnis von dieser Aufstellung?

**Patrick Hehli:** War diese Liste in der Auflage?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Ja, was benötigt die SVP dann noch für weitere Fakten?

**Patrick Hehli:** Wenn wir aber die Vorlage lesen, dann ist diese dort nicht erwähnt.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Dies ist richtig.

**Patrick Hehli:** Ich bin jetzt vielleicht böse gegenüber meinen Ratskollegen, aber ich behaupte, es gehen nicht alle in die Aktenuflage.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Fakt ist die Liste. Es wurde unterschieden zwischen Schul-, Kindergarten- und Vorschulkinder, Stand August 2012. Tatsache ist, dass am Mittagstisch in Spitzenzeiten 69 Kinder sind und zusätzlich noch 9 auf der Warteliste. Der Mittagstisch variiert zwischen 32 und 69 Kinder je nach Wochentag. In der Tagesschule Baden sind zurzeit fünf Kinder von Obersiggenthal, wir haben nur so viele Kinder dort, weil die Tagesschule Baden keine weiteren Kinder mehr von anderen Gemeinden aufnehmen kann. Das heisst nicht, dass die Eltern von Obersiggenthal nicht gerne die Kinder in die Tagesschule bringen möchten, aber sie haben die Möglichkeit nicht mehr. In der Kita sind heute 16 Kinder, welche betreut werden, die eigentlich zu den Tagesstrukturen gehören. Diese 16 Kinder belegen Plätze, die dringend benötigt werden für die Vorschulkinderbetreuung. Es können aus diesem Grund keine Säuglinge aufgenommen werden. Der Kita-Vorstand hat entschieden, dass sobald die Tagesstrukturen aufgehen würden, die 16 Kinder in die Tagesstrukturen wechseln, damit die Kita wieder Kapazität bekommt. Die Randstundenbetreuung, Ihr erinnert euch an den Container in Kirchdorf, der hat jetzt bereits Tage, an denen 12 Kinder betreut werden. Im Verein Tagesfamilien haben wir im Schnitt sieben Kinder. Zudem gibt es die Betreuung durch Fremdpersonen, diese können nicht erfasst werden, da sie nicht bekannt sind. Wir wüssten also auch nicht, welche Kinder, die zurzeit so betreut werden, anschliessend in die Tagesstrukturen wechseln würden. Wir sind momentan alles zusammengerechnet, am Montag bei 77 Kindern und am Donnerstag bei 121 Kindern, welche heute in irgendeiner Weise in den Tagesstrukturen sind. Viel wichtiger sind aber die Zahlen von Kindern, welche jetzt in Krippen betreut werden, welche noch nicht in der Schule sind. Das sind heute 112 Kinder. Die Eltern haben Bedarf an Tagesstrukturen. Von den 112 Kindern sind genau 23 im Strübelihuus, die anderen werden von den umliegenden Gemeinden aufgenommen. Das heisst, die 20 Plätze im Kirchweg 2 werden relativ schnell besetzt werden.

Zu den Kosten: Klar haben wir jetzt im Goldiland ein anderes Modell vor, aber die Kosten sind da. Diese werden sich in diesen CHF 400'000 bewegen, je nachdem, wie man das Goldiland

berechnet. Aber, wir haben die gleichen Berechnungsgrundlagen genommen wie die Stadt Baden, Wettingen und Ennetbaden. Wir arbeiten mit dem gleichen Modell wie die umliegenden Gemeinden. Die Steuerung haben wir gleich wie bei der Kindertagesstätte über die Tarifordnung. Es wird das gleiche Elternbeitragsreglement verwendet wie in der Kita und wir haben, sollten die Kosten aus dem Ruder laufen, jederzeit die Möglichkeit, diese Tarife anzupassen.

Noch etwas zum Strübelihuus. Es ist richtig, dass die Kosten am Anfang gestiegen sind, aber es ist auch richtig, dass das Strübelihuus in den letzten drei Jahren bei Weitem nicht alle budgetierten Kosten benötigt hat. Das Budget konnte um rund CHF 50'000 unterschritten werden. Dies ist der Fall, weil der Elternbeitrag bei rund 75% liegt. Ich gehe davon aus, dass der Elternbeitrag, welche momentan bei den Tagesstrukturen gerechnet wird, noch etwas Luft hat.

**Bettina Lutz Güttler:** Ich persönlich bin froh, dass diese Zahlen einmal genannt wurden in diesem Raum. Ich möchte jetzt auch gerne die Diskussion einschränken auf Argumente, welche bis jetzt noch nicht gehört wurden. Ich habe persönlich den Eindruck, wir drehen uns im Kreis.

**Eugen Frunz:** Alle umliegenden Gemeinden, welche Tagesstrukturen eingeführt haben, hatten zuerst einen Pilotversuch. Wieso muss dies Obersiggenthal nicht machen? Wie es Josef Sieber vorgeschlagen hat, auf drei Jahre einen Pilotversuch, dann wären die Zahlen vorhanden und wir wüssten, wo der Elternbeitrag liegt. Die anderen Gemeinden brauchen es und wir nicht.

**Patrick Hehli:** Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Vielleicht wäre es nicht schlecht, einerseits für das Ratsbüro, andererseits auch für die Einwohnerräte, dass jetzt eine Pause eingeschoben wird und anschliessend weiterdiskutiert werden könnte.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Ich möchte zuerst noch kurz etwas zum Pilotversuch ergänzen. Die umliegenden Gemeinden haben schon viel früher angefangen und hatten auch nicht so eine Planung wie wir. Das andere ist: Stellt euch vor, Ihr seid Eltern, Ihr habt Euer Kind zurzeit in der Kita und Ihr wisst nicht, kommen die Tagesstrukturen jetzt oder nicht. Die Plansicherheit für die Eltern ist überhaupt nicht gegeben. Das ist sehr negativ für die Standortqualität. Die Zahlen sprechen für sich, ich denke nicht, dass wir wirklich in die Pilotphase müssen.

**Josef Sieber:** Dies war ein Ordnungsantrag, über diesen muss sofort abgestimmt werden.

**Markus Renggli:** Was die Kosten betrifft, aus meiner beruflichen Tätigkeit sehe ich die Entwicklung dieser Kinder. Es ist leider so, dass viele Ehen auseinander gehen und die Kinder werden dann von alleinerziehenden Müttern betreut. Wenn diese Mütter nicht arbeiten können, weil keine Tagesstrukturen vorhanden sind, dann fallen die Kosten einfach an einem anderen Ort an. Aus diesem Grund kann nicht einfach gesagt werden, es gibt nur Kosten von den Tagesstrukturen, es gibt auch Kosten an anderen Orten, diese werden einfach verlagert. Ich finde diese Zahlen gar nicht so entscheidend, zahlen muss es so oder so die Gemeinde. Es wird einfach an einem anderen Ort verbucht.

**Bettina Lutz Güttler:** Wir kommen jetzt zum Antrag von Patrick Hehli.

\_\_\_\_\_

## **Abstimmung**

**Es soll eine Pause eingelegt werden.**

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

\_\_\_\_\_

**Bettina Lutz Güttler:** Möchte noch jemand ein abschliessendes Wort. Ich möchte gerne zur Abstimmung gelangen.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

Ich erläutere kurz den Abstimmungsablauf, damit der Einwohnerrat weiss, wie vorgegangen wird. Das Postulat ist immer noch offen, über dieses wird zurzeit nicht abgestimmt, weil es davon abhängt, wie die Abstimmungen ausfallen. Über das Postulat wird an einer späteren Einwohnerratssitzung abgestimmt.

Antrag 1

Es besteht ein Rückweisungsantrag der SVP, über diesen wird zuerst abgestimmt. Falls dieser Antrag angenommen würde, geht es direkt mit dem Antrag 2 weiter. Sollte er abgelehnt werden, würde über den Antrag 1 des Gemeinderates abgestimmt.

Antrag 2

Dort besteht der Antrag von der SVP für einen Pilotversuch. Den würde ich dem gemeinderätlichen Antrag gegenüberstellen. Der Antrag welcher hier obsiegt, wird dem Antrag der SP gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag kommt anschliessend zur Endabstimmung.

Antrag 3

Es gibt keinen Gegenantrag, somit wird über den gemeinderätlichen Antrag abgestimmt.

Antrag 4

Antrag der FDP, mit der Aufforderung an den Gemeinderat, Alternativen zu suchen, falls die Kirchgemeindeversammlung, nicht einverstanden wäre mit einer Vermietung.

\_\_\_\_\_

## Abstimmungen

### Antrag 1

**Rückweisungsantrag der SVP: Der Antrag 1 ist zurückzuweisen und noch einmal zu überarbeiten. Die Aspekte des Kantons sind abzuwarten bevor man die Vorlage dem Einwohnerrat nochmals bringt, damit wir dann definitiv zustimmen können und klar ist, welche Kosten durch Vorgaben des Kantons auf uns zu kommen.**

Der Antrag wird mit 9 Ja- zu 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **abgelehnt**.

**Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat genehmigt den Bericht des Gemeinderates und stimmt dem Antrag auf Einführung von Tagesstrukturen für Schulkinder in der Gemeinde Obersiggenthal zu. Er genehmigt für den Endausbau geschätzte jährliche Betriebskosten in der Höhe von CHF 392'000.**

Der Antrag wird mit 24 Ja- zu 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum. Die Abstimmung findet am 21. Oktober 2012 statt.

### Antrag 2

**Antrag der SVP: Die Einführung des Teilangebots mit 20 Tagesstrukturplätzen ist als Pilotprojekt auf drei Jahre hinaus zu führen mit der Option einer möglichen Verlängerung. Nach zwei Jahren soll dem Einwohnerrat genau Bericht erstattet werden, über Finanzen, Nachfrage, etc.**

wird dem

**Antrag des Gemeinderates: Für die Übergangszeit bis zum definitiven Bezug des neuen Gebäudes für die Tagesstrukturen im Goldiland, ab August 2013 bis voraussichtlich im Laufe des Schuljahres 2015/16, genehmigt der Einwohnerrat die Einführung eines Teilangebots von 20 Tagesstrukturplätzen. Dafür genehmigt er die jährlichen Betriebskosten in Höhe von schätzungsweise CHF 149'000**

**gegenübergestellt.**

Der Antrag der SVP erhält 9 Stimmen.

Der Antrag des Gemeinderates erhält 24 Stimmen.

**Der Antrag des Gemeinderates wird dem Antrag der SP gegenübergestellt.**

**Der Antrag der SP lautet: Für die Übergangszeit bis zum definitiven Bezug des neuen Gebäudes für die Tagesstrukturen im Goldiland, ab Februar 2013 bis voraussichtlich im Laufe des Schuljahres 2015/2016, genehmigt der Einwohnerrat die Einführung eines Teilangebots von 20 Tagesstrukturplätzen. Dafür genehmigt er die jährlichen Betriebskosten in Höhe von schätzungsweise CHF 149'000.**

Der Antrag des Gemeinderates erhält 19 Stimmen.

Der Antrag der SP erhält 10 Stimmen.

Es gibt 4 Enthaltungen.

**Antrag des Gemeinderates:** Für die Übergangszeit bis zum definitiven Bezug des neuen Gebäudes für die Tagesstrukturen im Goldiland, ab August 2013 bis voraussichtlich im Laufe des Schuljahres 2015/16, genehmigt der Einwohnerrat die Einführung eines Teilangebots von 20 Tagesstrukturplätzen. Dafür genehmigt er die jährlichen Betriebskosten in Höhe von schätzungsweise CHF 149'000.

Der Antrag wird mit 30 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

### **Antrag 3**

**Für die Renovation sowie die Möblierung und Einrichtung der gemieteten Liegenschaft der katholischen Kirchgemeinde am Kirchweg 2 in Nussbaumen genehmigt der Einwohnerrat einen Kredit in Höhe von CHF 60'000.**

Der Antrag wird mit 32 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

### **Antrag 4**

**Der Gemeinderat wird aufgefordert, unverzüglich eine Eventualplanung für die Aufnahme eines alternativen, provisorischen Tagesstrukturbetriebes per August 2013 an die Hand zu nehmen. Dabei müssen die folgenden Punkte berücksichtigt werden. Das Provisorium muss für 20 Tagesstrukturplätze ausgelegt werden. Das Provisorium ist bis zur Inbetriebnahme des neuen Gebäudes für Tagesstrukturen auf dem Gebiet Goldiland zu befristen.**

Der Antrag wird mit 22 Ja- zu 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

## **6      2012.23      Neubau von Tagesstrukturen und Kindertagesstätte im "Goldiland" Wettbewerbskredit von CHF 150'000, Planungskredit von CHF 240'000**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Max Läng, Gemeindeammann:** Vor knapp einem Jahr wurde dem Einwohnerrat ein Planungskredit von CHF 240'000 unterbreitet. Das Ziel war damals, dass die Tagesstrukturen in der Scheune untergebracht werden könnten und zusätzliche Abklärungen, wie könnte eine Erweiterung stattfinden mit der Kindertagesstätte. Es wurde eine Baukommission eingesetzt und diese hat Referenzobjekte angeschaut und bewertet. Die Baukommission ist sehr schnell zum Schluss gekommen, dass wenn die Tagesstrukturen und die Kindertagesstätte zusammengelegt werden, Synergien genutzt werden können. Es muss so geplant werden, dass die Betriebsabläufe optimal sind, damit sich diese auf die Kosten auswirken. Unter anderem wurde auch ein wichtiger Punkt geprüft betreffend Küche. Kocht man selber, gibt es höhere Baukosten, da eine Grossküche eingebaut werden muss. Die Alternative wäre das Essen liefern zu lassen. In der Aktenaufgabe konnten Sie die eingeholten Offerten anschauen. Es wurde festgestellt, dass wenn das Essen extern angeliefert wird, Kosten von rund CHF 150'000 eingespart werden können. Gleichzeitig wurde auch festgestellt, dass das Strübelihuus viel zu klein ist und der bauliche Zustand schlecht ist, es hat Mäuse. Beim Bezug war schon bekannt, dass diese Liegenschaft nicht ausbaufähig ist und die Bausubstanz schlecht ist. Da es mehr Platz benö-

tigt, ist eine gemeinsame Planung Tagesstrukturen und Kindertagesstätte an einem Ort eine gute Lösung. Mit dem Erwerb vom Goldiland und dem Land besteht die Möglichkeit, einen Sportplatz zu bauen. Dies ist nicht Bestand dieser Vorlage, aber der Nachweis ist erbracht, dass ein Sportplatz realisierbar wäre. Die Argumente haben von der Baukommission zum Antrag an den Gemeinderat geführt, dass die Tagesstrukturen und die Kindertagesstätte zusammengelegt werden sollen. Dies hat grosse Auswirkungen. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Projekt mit dem Planungskredit von den CHF 240'000 abzuberechnen. Von diesem Planungskredit wurden bisher rund CHF 10'000 ausgegeben. Anstelle dieses Planungskredites kommen zwei neue Kredite für einen Wettbewerb und die Planung. Der Wettbewerb kann erst nach der Abstimmung im Oktober gestartet werden. Es ist aber bereits alles vorbereitet, das Wettbewerbsprogramm war in der Aktenuflage. Der Gemeinderat legt grossen Wert darauf, dass ein Zweckbau entsteht, den Architekten wird mitgegeben, dass ein günstiges Objekt realisiert werden sollte. Ein wichtiger Entscheid, ist der auch heute diskutiert wurde, was passiert mit der bestehenden Liegenschaft? Wir sind auf Grund der Bewertung der Architekten zum Schluss gekommen, dass die ganze Liegenschaft abgebrochen werden sollte. Das Wohnhaus aus den 1930-Jahren ist innen in einem guten Zustand, aber es ist nicht isoliert. Die Wohnungsgrundrisse sind ungeeignet für eine Nutzung der Kita oder der Tagesstrukturen, ein Umbau verursacht sehr hohe Kosten. Wenn das Wohnhaus bestehen bleiben würde und nur die Scheune abgerissen wird, dann hätte man einen Solitär, der dort stehen würde. Das würde aber nicht bedeuten, dass an dieser Liegenschaft nichts gemacht werden müsste. Es besteht eine Brandmauer, diese müsste statisch angeschaut werden. Müsste sie verstärkt werden? Was bedeutet dies betreffend Isolation? Wenn das Wohnhaus bestehen bleibt, kommen in den nächsten Jahren Kosten auf die Gemeinde zu betreffend Isolation, diese können aber momentan nicht abgeschätzt werden. Eine architektonische Frage bleibt. Wir haben in diesem Gebiet das OSOS und die Sporthalle, beides moderne Bauten. Wie sieht das aus, wenn man ein Bauernhaus hat, die Scheune ist weg und das Haus steht als Solitär dort. Kann dies akzeptiert werden? Der Gemeinderat ist der Auffassung, dies wäre eine grosse Einschränkung, weil auch die Ausnutzung dieses Grundstück eingeschränkt wäre. Der Gemeinderat ist ebenfalls der Auffassung, dass die Wettbewerbsvorgaben für die Architekten gut sein müssen. Wenn die Vorbereitung schlecht ist, dann gibt es beim Wettbewerb noch viele offene Fragen für die Architekten. Mit den klaren Vorgaben an die Architekten für einen Abbruch, können die Projekte, die eingegeben werden, auch verglichen werden. Das Wohnhaus ist nicht schützenswert, mit dem Abbruch der Scheune und dem Bestehenbleiben des Wohnhauses wäre man eingeschränkt bei den Entwicklungsmöglichkeiten und es bestehen Risiken mit dem Wohnhaus. Der Entscheid, alles abzureissen, wurde nicht leichtfertig getroffen. Als Wettbewerbsvorgabe für die Architekten gilt ein Neubau auf der grünen Wiese.

Neben dem Wettbewerbskredit wird gleichzeitig noch der Planungskredit beantragt. Das ist ungewöhnlich. Eigentlich macht man zuerst den Wettbewerb und erst anschliessend die Planung. Da die Architekten, die beauftragt wurden, schon sehr viel Vorarbeit geleistet haben, Grundriss, Flächenbedarf usw., und vor allem die Baukosten geschätzt haben, haben wir festgestellt, dass der Planungsstand schon so weit ist, dass gleichzeitig der Planungskredit beantragt werden kann. Dadurch kann Zeit eingespart werden. Das weitere Vorgehen, sofern Sie den beiden Anträgen zustimmen, wäre, dass der Wettbewerb Ende 2012 gestartet wird, damit im Januar 2013 die Projekte juriert werden können. Anschliessend würde die Planung vorangetrieben, damit der Baukredit beim Einwohnerrat beantragt werden kann. Da die Summe von CHF 2 Mio. überschritten wird, wird es nochmals eine Volksabstimmung geben.

**Marcel Müller:** Die SVP-Fraktion findet den Betrag von CHF 150'000 für den Wettbewerb relativ hoch. Auf der anderen Seite könnte aber etwas entstehen, nämlich eine Ideenvielfalt für ein Projekt. Obwohl wir den Betrag hoch finden, stimmt die SVP-Fraktion dem gemeinderätlichen Antrag zu.

**Erich Schmid:** Die CVP-Fraktion hat das Geschäft auch diskutiert. Es ist viel Geld, welches hier ausgegeben wird, aber es ist sinnvoll, dieses Geld zu investieren. Beide Anträge werden von der CVP-Fraktion unterstützt. Es ist der logische nächste Schritt bei der ganzen Tagesstrukturabwicklung. Am meisten zu diskutieren gab bei der CVP-Fraktion der Abriss des Wohnhauses.

Bei einer internen Abstimmung für oder gegen den Abriss war das Ergebnis fast unentschieden. Ich gehe davon aus, dass dies noch intensiv diskutiert wird.

**Dieter Martin:** In Anlehnung an unseren Grundsatzentscheid für die Tagesstrukturen, befürwortet die FDP-Fraktion die beiden Anträge des Gemeinderates einstimmig. Wir unterstützen auch die Idee, das bisherige Gebäude abzureissen, weil wir davon ausgehen, dass durch den Abbruch ein Neubau flexibler und vermutlich auch kostengünstiger realisiert werden kann.

**Patrick Hehli:** Ich persönlich befürworte den Abriss auch. Klar ist es im ersten Moment erschreckend, wenn man sagt, wir kaufen das Goldiland und im Nachgang möchte man es abreißen. Wenn man sich aber darüber genaue Gedanken macht, dann gibt es keine andere Variante die Sinn macht, ausser dieses Gebäude abzureissen. Ich erinnere noch an das Geschäft vor ca. 2-3 Jahren betreffend Fussballplatzsuche. Wenn man dieses Gebäude abreißen würde, dann hätte man die Möglichkeit für die Tagesstrukturen, Mittagstisch, usw. und gleichzeitig besteht die Möglichkeit einer anderen Zielgruppe, nämlich den Sportlern, einen neuen Fussballplatz zu realisieren. Vielleicht bringen wir nach dem Neubau des Fussballplatzes auch wieder eine Mannschaft zusammen für das Wettingerfest.

**Christian Bossard:** Ist im Wettbewerb vorgegeben, dass eine Realisierung des Fussballplatzes möglich ist oder ist dies offen gehalten worden und wenn etwas zu Grosses gebaut wird, dann ist der Platz nicht mehr realisierbar?

**Max Läng, Gemeindeammann:** In der Aktenaufgabe ist der Plan aufgelegt, wo das Gebäude eingezeichnet ist und auch der Sportplatz. Es hat Platz. Aus diesem Grund wollte man den Nachweis ja erbringen, nicht dass es im Nachhinein heisst, es fehlen drei Meter. Aus diesem Grund wurde dies vorgängig abgeklärt. Der Hintergrund ist auch, dass der Aarg. Fussballverband dem FC Obersiggenthal mitgeteilt hat, dass ab der Saison 2018/19 der Sportplatz die Normmasse erfüllen muss, damit an der Meisterschaft noch teilgenommen werden darf. Der Fussballplatz ist aber heute nicht Bestandteil der Vorlage.

**Peter Marten:** In den Unterlagen steht, dass die Baukostenschätzung Garderoben, Duschen und Materialräume für den geplanten Sportplatz einschliessen. Kann ich davon ausgehen, dass diese in die Vorgabe für die Architekten einfliessen. Dass diese mit den Garderoben usw. planen müssen oder gibt es eine zweiteilige Aufgabenplanung, es muss geplant werden mit den Umkleideräumen und eine Planung ohne diese Räume? Diese Frage bedeutet für den Sportplatz einen gewissen Vorentscheid.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Weil wir davon ausgehen, dass dieser Sportplatz tatsächlich einmal gebaut wird, das hängt auch mit der Zonenplanung zusammen, die durchgeführt wird, erhalten die Architekten wirklich die Vorgabe, im Kellergeschoss die Garderobenräume zu planen. Das ist Bestandteil des Wettbewerbsprojekts. Die Situation ist so, dass in der Sporthalle die Garderoben sehr knapp sind. Die Fussballer kommen in die Garderobe und haben immer Dreck an den Schuhen und die Sauberkeit in der Halle ist ein Problem. Wenn man die Möglichkeit hat mit dem Sportplatz zu planen, dann sollten zumindest die Vorinvestitionen bereits jetzt vorgesehen werden. Es kann immer noch gesagt werden, man lässt die geplanten Räume im Keller weg, aber die Architekten müssen sich mit dieser Vorgabe auseinandersetzen.

**Josef Sieber:** Wir haben vorher CHF 400'000 bewilligt für die Tagesstrukturen. Wie viel von diesem Geld ist vorgesehen für Räumlichkeiten? Wie viel ist jetzt für das Goldiland zur Verfügung?

**Bettina Lutz Güttler:** Ich möchte die Diskussion hier weiterführen, wir sind beim Wettbewerbs- und Planungskredit. Sind weitere Wortmeldungen vorhanden?

**Linus Egger:** Ich möchte die Chance wahrnehmen und auf das neue Rechnungssystem HRM2, welches ab 2014 eingeführt wird, hinweisen. Dies aus dem Grund, weil das Goldiland in

die Phase der Umstellung fällt. Ich betone, es sind buchhalterische Auswirkungen. Bis jetzt waren die Investitionen, um es einfach auszudrücken, in einem Topf gelandet und vom gesamten Topf wurden 10 % Abschreibungen plus die Zusätzlichen vorgenommen. Mit dem neuen Rechnungssystem wird es sogenannte Abschreibungskategorien geben, wie Gebäude, Land usw. Das heisst, eine Liegenschaft, wie zum Beispiel das Goldiland, wird bis 2014 mit rund einer Million verbucht sein. Wenn ein Gebäude abgerissen oder ein Teilabbruch gemacht wird, muss dies mit Sonderabschreibungen sofort aus den Büchern herausgenommen werden; ansonsten ist diese Kategorie mit etwa 35 Jahren Abschreibungsdauer festgelegt worden. Welche Auswirkungen dies auf die Gesamtrechnung hat, kann ich noch nicht sagen, da es zum selben Zeitpunkt auch wieder Liegenschaften gibt, die aufgewertet werden. Dies muss gemacht werden, wenn der Finanzverwalter die Bewertungen hinsichtlich HRM2 abgeschlossen hat. Ich habe diese Chance wahrgenommen, auf diesen Punkt hinzuweisen, da dieses Projekt in die Phase der Umstellung fällt. Ich betone aber nochmals, es geht nur um buchhalterische Auswirkungen.

**Erich Schmid:** Ich habe beruflich viel zu tun mit dem Unterhalt und Ersatz von Bauteilen. Die Devise heisst klar, es wird erst dann ersetzt, wenn es notwendig ist. Vor einem Jahr wurde über den Kauf des Goldlandes abgestimmt. In der Vorlage hiess es damals: "Haben einen gut modernen Ausbaustandard. Die Liegenschaft befindet sich in einem guten Zustand". Ich persönlich habe Mühe, einfach Werte zu vernichten. Es ist mir klar, dass der Wohnteil eine Behinderung für die ganze Entwicklung für den Neubau der Tagesstrukturen ist. Ich kann diesem Argument nicht folgen, dass dies so eine Einschränkung ist, dass es nicht machbar ist. Vor einem Jahr gab es eine Vorlage, dort hiess es, dass die Tagesstrukturen in der Scheune geplant werden. Die zweite Idee war, dass eventuell ein paar Sachen angepasst werden müssen. Jetzt heisst es das Gegenteil, die Einschränkung sei zu stark sei und dadurch werde alles abgerissen. Ich plane auch lieber auf der grünen Wiese, aber es gibt Einschränkungen die berücksichtigt werden müssen. Die Architekten, die hier berücksichtigt wurden, sollten in der Lage sein, mit diesen Einschränkungen zu planen.

Wenn man vom Geld spricht, wir haben CHF 1.35 Mio. bezahlt für das Goldiland. Wenn die Situation angeschaut wird, besteht dies aus vier Teilen, Wohnhaus, Scheune, Stall und Landwirtschaftsland. Wenn wir dies auf die Kosten verteilen, dann heisst dies in etwa für das Landwirtschaftsland CHF 50'000 bis CHF 100'000, der Stall und die Scheune zusammen rund CHF 400'000, das heisst rund CHF 800'000 hat man für das Wohnhaus bezahlt. Es ist klar, es war ein strategischer Kauf, man wollte nicht das Wohnhaus sondern das Land. Im Gegenzug war in der Vorlage, dass die Wohnungen weiter vermietet werden können, es wurden Einnahmen von CHF 36'000 ausgewiesen. Wenn wir dies auf CHF 25'000 reduzieren würden, auf Grund von Unterhaltsarbeiten und das Haus könnte 20 Jahre weitervermietet werden, ohne grosse Investitionen, dann spricht man von Einnahmen von CHF 500'000. Für mich geht dies Richtung Geldvernichtung, wenn das Wohnhaus nicht erhalten bleibt. Ich habe einen Antrag vorbereitet, wo der Einwohnerrat Farbe bekennen muss.

Das Wohnhaus im Goldiland soll erhalten und die Wohnungen auch zukünftig vermietet werden. Dem Architekturwettbewerb wird dies als zwingende Randbedingung festgelegt.

Es muss Klarheit geschaffen werden, nicht dass im Nachhinein etwas bedauert wird.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Ich möchte noch auf das Votum von Josef Sieber zurückkommen. Wenn er von den CHF 400'000 gesprochen hat, gehe ich davon aus, dass von den Betriebskosten die Rede ist im Traktandum 5. Die Investition im Goldiland ist einerseits für Tagesstrukturen und andererseits für die Kindertagesstätte vorgesehen. Es wird in einer späteren Berechnung darum gehen, zu welchem Zins die Tagesstrukturen verrechnet werden. Wenn es einem Verein vermietet wird, wird auf Grund der Investitionskosten eine Miete verlangt. Wenn es von der Gemeinde betrieben würde, wird die Miete auf dieser Kostenstelle angerechnet. Aber da geht es um die Investitionen, welche nachher von der Finanzverwaltung berechnet werden, wie viel an jährlichen Mietaufwendungen eingerechnet werden. In der Vorlage haben wir bis jetzt CHF 42'000 für die Miete berechnet. Es war aber in den Be-

rechnungen, welche in der Vorlage 2010 enthalten waren. Dort wurde es aufgeteilt in Betreuung am Morgen, Mittag, Ferien usw. Die seinerzeitigen Annahmen für Mietaufwendungen dürften nicht reichen mit den zurzeit geplanten Investitionskosten.

**Peter Marten:** Ich bin grundsätzlich auch für den Abriss, aber eine Bemerkung kann ich mir doch nicht verkneifen. Ich erinnere an die Diskussion betreffend Schwimmbadwohnung, als es hiess, die Gemeinde müsse grundsätzlich Wohnraum nicht vernichten, sondern es müssen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Jetzt macht man aber genau das Gegenteil, es wird Wohnraum vernichtet, dem muss man sich bewusst sein.

**Peter Frey:** Ich möchte mich auf die beiden Voten auch noch äussern. Ich kann sehr gut nachvollziehen, was Erich Schmid gesagt hat. Ich kann mir auch vorstellen, dass man Alt und Neu elegant kombinieren kann. Ich muss aber sagen, ich wohne selber in so einem Wohnhaus aus dieser Zeit, welches vor ca. 10 Jahren neu renoviert wurde und die Einschränkungen sind enorm. Es kann keine Bodenheizung eingebaut werden, die Räume sind beschränkt von der Auslegung her. Es kam wesentlich teurer, als wenn es neu gebaut worden wäre. Aus diesem Grund verstehe ich den Gemeinderat, wenn sie einen Neubau bevorzugen und dadurch den Grundriss so gestalten können, dass mehr Platz herausgeholt werden kann, als wenn mit dem alten Wohnhaus geplant werden müsste.

**Theo Flückiger:** Ich persönlich begrüsse es auch, dass das Gebäude zum Abbruch freigegeben wird, ob dies zwingend gemacht werden muss ist eine andere Frage. Zwingend erhalten ist aber der falsche Ansatz. Es stimmt, wir haben heute in der Liegenschaft Wohnungen, es wird aber mit der zukünftigen Nutzung eine Fremdnutzung sein. Wenn dort weiterhin Wohnungen bestehen bleiben, sind Konflikte betreffend Lärm usw. vorprogrammiert. Wenn man von Umnutzung in Tagesstrukturen spricht, dann kommen grosse Kosten auf die Gemeinde zu, da die Infrastruktur für die geplante Nutzung ungeeignet ist. Die Umbaukosten betragen schnell CHF 200'000 - 300'000 wenn das Haus im neuen Konzept bestehen bleiben soll. Es ist eine grosse Einschränkung, wenn man sagt, dass Haus müsse zwingend erhalten bleiben.

**Josef Sieber:** Zuerst herzlichen Dank für die Antwort, dass die Miete mit CHF 42'000 berechnet wurde. Wenn ich aber rechne, dass der Bau uns CHF 4 Mio. kostet und ich dies auf das Jahr umrechne, dann komme ich ja auf über CHF 100'000, das heisst, die Tagesstrukturen kosten uns nicht CHF 400'000 sondern CHF 450'000. Es ist einfach nicht ganz transparent dargestellt oder rechne ich falsch?

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Zumindest an einem Ort ja. Ich würde im heutigen Moment sagen, die Hälfte vom Bau sind für die Tagesstrukturen und die andere Hälfte für die Kita. Also ist nicht alles auf die Tagesstrukturen umzulegen, sondern ein Teil ist noch für die Kita. Die Kindertagesstätte ist bei den CHF 42'000 Mieteinnahmen nicht enthalten. Die Mieteinnahmen der Kindertagesstätte sind separat. Die CHF 42'000 betreffen nur die Mietzinseinnahmen von den Tagesstrukturen.

**Bettina Lutz Güttler:** Darf ich den Rat bitten, wir sind immer noch beim Wettbewerbskredit und beim Planungskredit. Die Tagesstrukturen sind bereits abgeschlossen.

**Erich Schmid:** Es ist mir klar, wenn man ein Gebäude umnutzt, ist das mit Kosten verbunden. Das Haus sollte erhalten bleiben und die Wohnungen weiterhin vermietet werden. Die Tagesstrukturen sollten ausserhalb gebaut werden, so wie es vor einem Jahr in der Vorlage aufgezeigt wurde. Dass die Tagesstrukturen in den Wohnungen keinen Nutzen haben, ausser vielleicht ein Büro, das ist mir schon klar. Dies kann nicht unter einen Hut gebracht werden. Es ist einfach so, die Bausubstanz ist offensichtlich noch gut, es hat einfach noch keine Isolation an der Hülle. Dann ist es für mich eine Wertvernichtung, wenn das Gebäude zurückgebaut werden würde. Das ist für mich nicht das richtige Vorgehen.

**Bettina Lutz Güttler:** Gibt es noch abschliessende Bemerkungen?

**Markus Renggli:** Mir fehlt für die Entscheidung, ob ich Erich Schmid oder den Gemeinderat unterstützen soll, ein stichhaltiges Argument, wieso der Wettbewerb nicht offen gestaltet werden kann. Kommt der Wettbewerb zu teuer oder kann es nicht verglichen werden? Ich bin der Meinung, wir haben die Grundlage nicht für eine Entscheidung, weil wir nur eine Variante kennen.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Vielleicht noch ein Argument betreffend Erich Schmid. Ich behaupte, der Bau wird uns etwas kosten. Einfach nur die Scheune abbrechen und am Wohnhaus gar nichts machen, das geht nicht. Es besteht eine Brandmauer und wie gut diese statisch hält, kann noch nicht gesagt werden. Es kann nicht gesagt werden, ob Unterfangungen gemacht werden müssen. Wenn die Scheune abgebrochen und das Wohnhaus aber erhalten werden soll, dann entstehen Kosten, welche heute schwierig abzuschätzen sind. Das was Peter Frey gesagt hat, die Illusion, dass das Gebäude die nächsten 20-30 Jahren einfach weiter betrieben werden kann, ohne zu isolieren, diese Illusion wird nicht funktionieren. Es wird uns einiges kosten, auch wenn der Gemeinderat die Aussage getroffen hat, dass der Innenausbau gut ist. Die andere Frage die Markus Renggli stellt, ist tatsächlich diese, die Architekten möchten für den Wettbewerb klare Verhältnisse, da die Projekte nicht vergleichbar sind. Wenn jemand einen Anbau macht, wenn ein anderer die Nutzung zusammennimmt, dann entstehen Kosten, welche im Wettbewerb nicht gerechnet werden können und dies ist die Schwierigkeit die besteht. Falls der Einwohnerrat einem Nichtabbruch zustimmt, müsste das Wettbewerbsprogramm geändert werden. Den Architekten müsste mitgeteilt werden, dass das Gebäude bestehen bleiben müsste. Zum Jurieren ist es aber eine ganz schwierige Situation, wenn die Projekte nicht miteinander verglichen werden können.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

### **Abstimmungen**

**Der Antrag von Erich Schmid: Das Wohnhaus im Goldiland soll erhalten und die Wohnungen auch zukünftig vermietet werden. Beim Architekturwettbewerb wird dies als zwingende Randbedingung festgelegt,**

**wird dem Antrag des Gemeinderats für einen Rückbau gegenübergestellt.**

Der Antrag von Erich Schmid erhält 7 Stimmen.

Der Antrag des Gemeinderates erhält 23 Stimmen.

Es gibt 3 Enthaltungen.

#### **Antrag 1 des Gemeinderates**

**Der Wettbewerbskredit in der Höhe von CHF 150'000 wird bewilligt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

#### **Antrag 2 des Gemeinderates**

**Der Planungskredit in der Höhe von CHF 240'000 wird bewilligt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**7 2012.24 Ersatzbeschaffung Kommunalfahrzeug, Kredit von CHF 190'000**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Willi Graf:** Die CVP-Fraktion hat das Geschäft eingehend diskutiert und die noch offenen Fragen wurden an der Vorabinformation beantwortet. Die CVP-Fraktion hat dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zugestimmt. Wir haben ein gut vorbereitetes Geschäft vor uns, die Notwendigkeit und der Nutzen sind unbestritten. Es ist eine gute und faire Evaluation durchgeführt worden. Alle eingeholten Referenzen sind durchwegs positiv ausgefallen. Das Fahrzeug ist mit dem Pflug getestet worden und aus diesem Grund ist die CVP-Fraktion einstimmig für diesen Antrag.

**Ursula Spinnler:** Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter der Ersatzbeschaffung des Kommunalfahrzeuges. An der Besichtigung konnten uns die Nutzer davon überzeugen, dass das vorgesehene Fahrzeug ihren Wünschen entspricht und für die vielseitigen Einsätze in unserer Gemeinde geeignet ist. Wir hoffen einfach, dass wir nicht wieder ein Montagsfahrzeug erwischen, wie beim Letzten. Wir wünschen den Mitarbeitern vom Baudienst jetzt schon warme Füsse und gute Sicht bei der Arbeit.

**Peter Frey:** Für uns ist überzeugend begründet, dass der Baudienst ein neues Fahrzeug benötigt. Es kann nicht sein, dass wegen der nicht beheizbaren Führerkabine die Verkehrssicherheit leidet, vor allem weil die Gemeinde Vorbildfunktion hat, was Verkehrssicherheit angeht. Was uns mehr zu denken gegeben hat, dass das alte Fahrzeug nur neun Jahre alt ist und es war gar kein Fahrzeug, welches in erster Linie für den Kommunaldienst vorgesehen war. In den wenigen Betriebsjahren hat es sich als sehr schadensanfällig erwiesen und sei den Winterdiensten gar nicht gewachsen gewesen. Das ergab für uns doch einige Fragezeichen hinter die damalige Evaluation und Beschaffung. Wir haben vom Anforderungsprofil für das neue Fahrzeug den Eindruck, dass dieses passender ist und die Typenevaluation hat uns überzeugt. Dass dabei auch der altersschwache Schneepflug ersetzt wird, ist für uns selbstverständlich. Was nützt uns ein tolles Fahrzeug, wenn der Schnee trotzdem noch auf der Strasse liegt. Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Eugen Frunz:** Was die SVP-Fraktion am meisten gestört hat, ist der Ablauf der Beschaffung des bestehenden Fahrzeuges. Die Beurteilung des Baudienstes wurde damals nicht oder zumindest nur ungenügend in die Kaufentscheidung des Gemeinderates miteinbezogen. So wurde seinerzeit nicht das Fahrzeug mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis angeschafft sondern einfach das Preisgünstigste. Somit hat sich der Gemeinderat schlichtweg über den Antrag des Baudienstes hinweggesetzt. Keine 10 Jahre später muss bereits wieder über eine Neuanschaffung diskutiert werden, da das alte Fahrzeug den Anforderungen des Baudienstes nicht genügt und im Unterhalt viel zu teuer ist. Mit dieser Aktion damals wurde sicher viel Geld gespart. Wir begrüssen es, dass bei der Beschaffung des neuen Fahrzeuges den Ansprüchen des Baudienstes Beachtung geschenkt wird. Es wird das Fahrzeug vorgeschlagen, welches am Besten geeignet ist für den Baudienst. Zufälligerweise ist es auch noch das günstigste Fahrzeug. In der Hoffnung, dass mit dem Fahrzeug dasjenige angeschafft wird, dass zurzeit das beste Preis-Leistungsverhältnis hat, stimmt die SVP-Fraktion dem Antrag zu.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

### **Abstimmung**

**Antrag des Gemeinderates: Für die Ersatzbeschaffung des Kommunalfahrzeugs (inkl. Schneepflug) wird ein Kredit von CHF 190'000, inkl. MwSt., bewilligt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**8      2012.25      Hallen- und Gartenbad, Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewasseraufbereitung, Kredit von CHF 1'720'000**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Ich möchte zu dieser Vorlage noch eine Korrektur mitteilen. Auf der Seite 2 ist eine Gesamtübersicht über die Kosten für das Konzept 1999. Damit die gesamte Rechnung am Schluss auch stimmt, wenn es im Dezember abgeschlossen wird, müssen noch zwei Linien ergänzt werden. Das Konzept 1999 war ursprünglich mit CHF 5.6 Mio. vorgesehen. Es wurde in den Jahren 1999 - 2012 eine Teuerung von 25% Zuschlag aufgerechnet, das heisst, es würden CHF 1.4 Mio. dazugerechnet werden. Weiter musste noch eine technische Aufrechnung gemacht werden, das heisst, es sind Sachen vorgefallen, welche nicht eingeplant waren im Jahr 1999, welche in der Zwischenzeit auch noch sanierungsbedürftig wurden. Das gibt nicht mehr eine Summe von CHF 5.6 Mio. sondern eine Summe von CHF 8.547 Mio. Dieser Betrag ist im Gesamtkonzept 1999 enthalten. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass die 1.72 Mio. für die Lüftung und die Badewasseraufbereitung umgesetzt werden. Es geht nur darum, dass der Gemeinderat das Konzept 1999 abschliessen möchte, damit mit den verschiedenen Etappen nicht immer ein Durcheinander entsteht. Weil eigentlich wäre es nicht die 4. Etappe sondern bereits die 6. Etappe, da in der Zwischenzeit die Schwimmbadfolie noch ersetzt wurde. Schlussendlich ist es so, dass wenn die Sanierung von CHF 1.72 Mio. durchgeführt wird, noch ein Restbetrag offen ist von CHF 2.275 Mio. Die grössten Positionen sind die Fenster, Flachdächer und der Rest für die Wasseraufbereitung, das heisst, Desinfektionsanlage und Ersatz Kohlenfilter, welche noch anstehen. Das möchte der Gemeinderat im Dezember separat aufarbeiten und nicht mehr im Konzept 1999, damit der Überblick klar wird.

Für die Sicherstellung des Badebetriebes ist als nächstes wichtig, dass die Haustechnik saniert wird. Die Lüftung und die Warmwasseraufbereitung müssen erneuert werden. Der Kanton hat in der Zwischenzeit eine Überprüfung der Chlorgasaufbereitungsanlage vorgenommen. Es gibt nur noch drei Bäder im Kanton welche diese Anlage bedienen. Eine neue Bewilligung möchte der Kanton nicht mehr aussprechen, weil es eine grosse Gefahr darstellt, wenn eine Flasche nicht dicht ist. Aus diesem Grund musste in dieser Etappe auch noch die Wasseraufbereitung dazugenommen werden, da der Kanton uns keine Bewilligung mehr erteilt. Mit diesen Sanierungen kommen wir auf die Summe von CHF 1.72 Mio. Der Gemeinderat hat sich die Arbeit nicht so einfach gemacht. Für die Warmwasseraufbereitung wurden alle Möglichkeiten überprüft, das heisst, Photovoltaik, Holzheizung, Wärmepumpen, Sonnenabsorberanlagen usw. Da wir vom KVA bereits Fernwärme beziehen und weil dies schon umweltfreundlich ist, werden die anderen Möglichkeiten in der Weiterverfolgung der Berechnung nicht mehr berücksichtigt. Ein Grund ist sicher, dass die Terrassen und Flächen gar nicht zur Verfügung stehen um die Flächen zu Bestücken, welche benötigt würden, um das Warmwasser überhaupt zu garantieren. Ich bitte Sie, der Vorlage des Gemeinderates zuzustimmen, damit die Haustechnik und die Badewasseraufbereitung saniert werden kann.

**André Kummer:** Die SVP-Fraktion stimmt grundlegend dieser Vorlage zu. Trotz den hohen Investitionskosten sind wir überzeugt, dass sie notwendig sind, damit die Haustechnik und Warmwasseraufbereitung wieder auf dem neusten Stand sind. Wir haben seinerzeit ja gesagt, dass man das Schwimmbad weiterhin betreibt. Ein Schwimmbad ist ein Luxus und verursacht immer hohe Kosten, was auch in anderen Gemeinden immer wieder beobachtet werden kann.

**Christa Ochsner:** Die CVP-Fraktion steht klar hinter dieser 4. Sanierungsetappe. An der Volksabstimmung von 1999 haben die Einwohner von Obersiggenthal ja gesagt zur Sanierung des Schwimmbades und dadurch auch zum Erhalt dieses Bades. In dieser Etappe werden die Lüftung und die Badwasseraufbereitung saniert. Es wurden auch Alternativenergien geprüft, aber man kam bald zum Schluss, dass man bei der Nutzung der Fernwärme bleibt. Die Badwasseraufbereitung muss gemäss SIA-Norm dringend den heutigen Anforderungen angepasst werden. Der Kanton will auch aus Sicherheitsgründen von diesen Chlorgasanlagen wegkommen, diese müssen durch Alternativen in den nächsten fünf Jahren ersetzt werden. Die Badwasseraufbereitung ist zusätzlich. Die Kosten kommen also zusätzlich zum Planungskredit, aber uns ist das Hallen- und Gartenbad viel Wert und wir möchten es auch weiterhin nützen.

**Theo Flückiger:** Die Fraktion SP/Grüne stimmt dem Antrag von CHF 1.72 Mio. für die 4. Etappe zu. Der eingeschlagene Weg wird mit dieser Sanierung fortgesetzt. Wir haben zu diesem Konzept ja gesagt, daher ist es das Richtige, dass es weiterverfolgt wird, auch wenn es eine teure Geschichte ist. Bei der Erarbeitung der Vorlage wurden die alternativen Energien geprüft, dies wurde sehr begrüsst. Die erwähnten Überlegungen kann die Fraktion nachvollziehen. Es wird richtigerweise auch darauf hingewiesen, dass die Fernwärme im Sommer jede Menge an Überschussenergie produziert und dass es aus diesem Grund Sinn macht, dass diese genutzt wird. Nicht erwähnt wird, dass diese Energie zu vollen Preisen bezahlt wird, soweit ich informiert bin. Die Kosten für das Bad sind generell hoch, aus diesem Grund möchte ich den Gemeinderat ermuntern, dass die Überschusswärme, welche im Sommer produziert wird, zu günstigeren Konditionen bezogen werden könnte. Im Winter wird das Bad ja nicht mit Fernwärme betrieben sondern mit der Schnitzelheizung der Sporthalle. Es wäre eine kleine Kostenreduktion, wenn dort Druck ausgeübt wird, damit die Wärme günstiger bezogen werden könnte.

**Peter Frey:** Wir haben es mit einer sehr komplexen Vorlage zu tun und ich habe gemerkt, ich müsste gleichzeitig Heizungsfachmann oder Lüftungsanlagespezialist sein, um qualifiziert beurteilen zu können, ob die vorgeschlagenen alternativen Energienutzungsmöglichkeiten Sinn machen oder eben nicht. Ich muss es den Fachleuten überlassen, die sich mit den Sanierungsmassnahmen beschäftigt haben und ihnen dies auch glauben. Tröstlich stimmt mich, dass es bei den drei abgerechneten Etappen immer billiger herauskam, als budgetiert. Dazu kommt, dass wir mit dieser Sanierung auch den neuen SIA-Normen entsprechen und nicht wieder vom Kanton gemahnt werden müssen, diese umzusetzen. Der EVP-Fraktion erscheint die Sanierung vernünftig, auch wenn es schade ist, dass ausser dieser Fernwärmenutzung keine weitere alternative Energie genutzt werden kann. Der Satz in der Vorlage, wo es heisst: "Ein neuwertiger Zustand der Anlage wird dadurch aber nicht erreicht", ist für uns symptomatisch für dieses Bauwerk. Wir werden periodisch mit Renovationen konfrontiert werden. Die Ansage von den CHF 2.275 Mio. im Erneuerungskonzept 2012 deutet ja schon darauf hin. Trotzdem sagt die EVP-Fraktion ja zu dieser Sanierung.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion sagt ja zu dieser Vorlage, die Begeisterung hält sich in Grenzen. Es kommt mir so vor, als wenn man sich, böse ausgedrückt, verfahren hätte und jetzt muss man es durchziehen, da der Rückweg zu lange ist. Die Freude oder Nichtfreude wird dadurch unterstützt, dass bereits von einem neuen Konzept 2012 geschrieben wird. Gespannt warte ich auf das Umsetzungskonzept 2014, was auf uns zukommt. Es wäre hilfreich, wenn man sich die Mühe machen würde und alles aufschreibt, was bereits in dieses Schwimmbad investiert wurde. Alle Investitionskosten und die ursprüngliche Investition, damit diese Zahl einmal ersichtlich ist. Dies würde aufzeigen, was der Gemeinde das Bad Wert ist. Wir würden es begrüssen, dass mit einem Erneuerungskonzept 2012 auch wieder Gedanken investiert würden, wie das Bad attraktiver gestaltet werden kann. Es muss kein Erlebnisbad werden wie das Aquarena, aber wie können wir die umliegenden Gemeinden dazu bringen, unser Bad auch zu benutzen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag des Gemeinderates: Für die Sanierung der Haustechnik und Badewasseraufbereitung im Hallen und Gartenbad, 4. Etappe, wird ein Kredit von CHF 1'720'000 bewilligt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

<b>9</b>	<b>2012.25</b>	<b>Kreditabrechnungen</b>
	<b>2008/23</b>	<b>Ersatz schweres Rüstfahrzeug (Pionier) der Feuerwehr</b>
	<b>1998/49</b>	<b>Generelle Entwässerungsplanung (GEP)</b>

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Bettina Lutz Güttler:** Der Präsident der Finanzkommission verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für den Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) über brutto CHF 468'298.45 wird genehmigt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

**Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung Generelle Entwässerungsplanung über brutto CHF 255'486.80 wird genehmigt.**

Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

<b>10</b>	<b>2012.16</b>	<b>Postulat Silvia Dingwall (Fraktion SP/Grüne): Beteiligung der Gemeinde Obersiggenthal am Projekt "Gemeindesolidarität für Trinkwasser in Entwicklungsländern." Der Gemeinderat ist nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen</b>
-----------	----------------	--

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Silvia Dingwall:** Diese Woche ist Weltwasserwoche, heute scheint es schier Weltwassertag zu sein. In Stockholm wird momentan die gerechte Verteilung von dieser wertvollen Ressource diskutiert. Trinkwasser ist ein kostbares Gut. Wie es in der letzten Rundschau stand, muss das

Wasser für alle zugänglich sein. Zugang zu sauberem Wasser ist sogar ein Menschenrecht. Die Schweiz ist eine Wasserhochburg. Wir in der Schweiz, wie auch hier in Obersiggenthal haben eine sehr privilegierte Wassersituation und aus diesem Grund eine gewisse Verantwortung. Der Gemeinderat schreibt, dass er auf die ungerechte Verteilung des Trinkwassers auf der Welt sensibilisiert sei. In der Stellungnahme zu meinem Postulat listet er mehrere Beiträge an Wasserprojekte in Entwicklungsländern auf. Leider sind diese Beiträge von CHF 10'000 auf CHF 2'000 im Jahr 2011 geschrumpft. Einen Rappen Spende für Wasserprojekte pro verkauften m<sup>3</sup> Wasser würde für Obersiggenthal eine jährliche Summe von ca. CHF 7'000 ausmachen. Dieser Beitrag scheint mir angemessen für unsere Gemeinde. Es betrifft ca. CHF 1 pro Einwohner und Jahr. Ich kann aber nachvollziehen, dass der Gemeinderat, dies als bindende Verpflichtung nicht übernehmen möchte. Aus diesem Grund bin ich bereit, mein Postulat zurückzuziehen, Ich möchte aber, dass es inhaltlich umgesetzt wird und dass die Gemeinde einen jährlichen Beitrag von ca. CHF 7'000 an Wasserprojekte in Entwicklungsländer leistet. Da könnte die Internetseite Solidarit'eau sicher eine Hilfe sein. Ihre Projekte sind von bekannten Hilfswerken wie Helvetas oder Caritas geführt und werden von der DEZA in Bern geprüft. Vielleicht könnte die Wasserkommission bei der Unterstützung von Projekten, beratend auch involviert werden. Was für mich zentral ist, ist dass die Wassergebühren in der Gemeinde nicht gesenkt werden, wie die Finanzkommission vorgeschlagen hat. Falls die Kosten sinken, bitte ich den Gemeinderat eine Form zu finden um die Differenz für Wasserprojekte gutzuschreiben. Dann könnte eine Erhöhung der Spendenbeiträge ins Auge gefasst werden. Ich danke dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und wie schon gesagt, ziehe ich mein Postulat zurück.

**Bettina Lutz Güttler:** Silvia Dingwall zieht ihr Postulat zurück, aus diesem Grund findet keine Diskussion und Abstimmung statt.

**Linus Egger:** Ich möchte nur eine Korrektur anbringen, weil etwas nicht stimmt.

**Bettina Lutz Güttler:** Formell gibt es keine Diskussion. Es kann unter dem Traktandum Umfrage mitgeteilt werden.

**11      2012.17      Motion Nick Yvette; "Prüfung der Verwendung eines bewegungsabhängigen LED-Beleuchtungssystems beim Ersatz von Strassenbeleuchtungen".  
Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.**

**Bettina Lutz Güttler:** Für dieses Traktandum begrüsse ich Yvette Nick in diesem Rat. Ich bitte Sie Einsitz zu nehmen, es ist vorne ein Platz reserviert.

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Yvette Nick:** In der Stellungnahme vom Gemeinderat hat es einige Richtigstellungen die noch erwähnt werden müssten. Der wesentlichste Punkt ist sicher der, die Stellungnahme geht die ganze Zeit darauf ein, ob dieses Bewegungssystem gemacht werden soll oder nicht. Meine Motion möchte aber nur, dass immer wenn über einen Ersatz diskutiert wird, die Diskussion erst angefangen wird, ob ein solches Beleuchtungssystem realisiert werden soll für diese Etappe oder nicht. Es geht heute nicht darum, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist, es geht auch nicht darum welche Flächen jetzt umgesetzt werden könnten. Dies sind nicht die Themen. Es geht lediglich um die Aufgabe, wenn ein Ersatz vorgenommen wird, dass es dann jeweils geprüft wird. Die Motion kann somit auch nicht verfrüht sein, sondern ist zukunftsgerichtet. Ein kleiner Hinweis noch zum erwähnten Sicherheitsempfinden in der Stellungnahme des Gemeinderates. Dort ist die Rede von einer Passantin, die in eine dunkle Quartierstrasse einbiegen möchte. Dass diese das nicht so lustig findet, kann ich mir noch vorstellen. Es geht aber nicht um eine dunkle, sondern um eine weniger beleuchtete Quartierstrasse. Es geht um ein System, das reduziert und zwar auf einen voreinstellbaren Prozentwert von Licht. Es geht überhaupt nicht darum, dass die Strassen stockdunkel wären. Zudem bin ich auch der Meinung, dass umher-

schleichende Gestalten im Quartier ins richtige Licht gerückt werden, weil diese das Problem haben, den Sensoren auszuweichen. Dies könnte das Sicherheitsempfinden für die Anwohner erhöhen. Es geht auch nicht um das An- und Abschalten des Lichtes, das die Anwohner stören könnte, sondern höchstens das helle und weniger helle Licht. Von mir aus gesehen, hat die Reaktion der Strassenlampen auf das Empfinden einen geringen Einfluss. Ganz interessant fand ich, dass der Gemeinderat schreibt, die Lampen sollen der Sicherheit dienen und nur so stark leuchten wie nötig. Meiner Meinung nach ist in späten Nachtstunden, wo es weniger Verkehr auf den Strassen hat, eine 100% Sicherheit nicht nötig. Sie müssen nur so stark leuchten wie nötig. Weiter kommt noch die Aussage, welche Max Läng vorher gemacht hat, dass wenn das Energielabel weggefallen ist, der Gemeinderat sich immer noch verpflichtet fühlt, innovativ zu sein in Energiefragen. Meine Motion möchte nur, dass wir agieren und nicht reagieren bei der Einführung von einem solchen System, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist. Darum bitte ich den Einwohnerrat, meine Motion zu überweisen.

**Bettina Lutz Güttler:** Es handelt sich um eine Motion. Eine Diskussion findet nur statt, wenn einem entsprechenden Antrag zugestimmt wird.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

### **Abstimmung**

**Der Antrag des Gemeinderates: Die Motion von Yvette Nick, Rieden, betreffend Prüfung der Verwendung eines bewegungsabhängigen LED-Beleuchtungssystems beim Ersatz von Strassenbeleuchtungen wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.**

Der Antrag wird mit 17 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**.

## **12      2012.26      Umfrage**

**Bettina Lutz Güttler:** Ich möchte zuerst etwas zu dem schon mehrfach angesprochenen Fussballturnier sagen. Ich bin sehr erfreut, dass mein Aufruf, sich als Teilnehmer zu melden, nicht ganz ins Leere verhallt ist. Es ist nicht nur Patrick Hehli sportlich, sondern zum Beispiel auch Theo Flückiger oder Daniel Gadiant, der Sohn von Sabina Gadiant. Ich habe aber festgestellt, dass die Teilnehmerzahl noch nicht an die Vorgabe herankommt und habe daher von einer Anmeldung abgesehen.

Vom 29. Juni bis 1. Juli 2012 hat bei wechselhaftem Wetter das Jugend- und Dorffest stattgefunden und als Einwohnerratspräsidentin möchte ich im Namen der ganzen Einwohnerschaft von Obersiggenthal allen danken, welche daran mitgewirkt haben, insbesondere dem OK unter der Leitung von Dieter Lüthi. Allen Sponsoren wird auch ein herzlicher Dank ausgesprochen. Was geboten wurde an Spiel und Attraktion für Kinder und Erwachsene, war sehr eindrücklich. An den verschiedenen Ständen und Beizen bekam man die ganze Palette von währschaftem bis zu exotischem Essen. Es war ein rundum gelungenes Fest, das uns noch lange in guter Erinnerung bleiben wird, obwohl jetzt noch das Stadtfest Baden stattgefunden hat.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass am 1. September 2012 um 19.30 Uhr das 1/16-Finalspiel zwischen dem UHC Obersiggenthal und dem Rekordmeister SML Chur stattfindet. Dies scheint ein ganz besonderes Ereignis zu sein und ich empfehle Ihnen, dabei zu sein.

**Linus Egger:** Zuerst möchte ich noch etwas klarstellen, weil schon jemand Gerüchte verbreitet hat, was die Finanzkommission anscheinend verbrochen hat. Die Finanzkommission hat keine

Reduktion vom Wasserpreis beantragt sondern der Präsident sagte, dass die Gebühren wieder überprüft werden müssen. Dies macht die Finanzkommission jedes Jahr in der Budgetphase. Es werden alle Gebühren überprüft. Die Finanzkommission hat noch nie im Einwohnerrat gesagt, die Gebühren werden gesenkt. Vielleicht im nächsten Budget, das kann sein.

Ich war gestern auf der Homepage der Gemeinde Obersiggenthal und habe die Meldung gelesen: Unterbrechung der Bauarbeiten an der Landstrasse in Rieden. Ich traute meinen Augen kaum, dass der Kanton angeordnet hat, die Bauarbeiten für zwei Wochen zu unterbrechen, damit die Verkehrsströme gemessen und die Autonummern fotografiert werden, damit nachgeschaut werden kann, wohin die Autos unterwegs sind. Diese werden für die Sanierung des Schulhausplatzes in Baden verwendet. Ich habe erfahren, dass dies Mehrkosten zur Folge hat und der Kanton diese übernimmt. Ich möchte dem Gemeinderat danken und ein Kränzlein winden, dass er sich gewehrt hat und den Kanton auf die Mehrkosten aufmerksam gemacht hat. Ich möchte den Gemeinderat bitten, dass wenn die Abrechnung kommt, darauf gedrängt wird, dass die Mehrkosten separat ausgewiesen werden. Sonst muss ich sagen, wird die Finanzkommission beantragen, dass diese Kreditabrechnung ohne Prüfung zurückgewiesen wird.

**Eugen Frunz:** Ich bin jemand der in der Nacht in die Aktenauflage geht. Seit der letzten Aktenauflage und dieser wurde ein Bewegungsmelder installiert. Es ist also sehr unfreundlich, wenn man etwas lesen möchte und andauernd das Licht ausgeht. Ich weiss nicht, ob ich beim nächsten Mal die Stirnlampe mitnehmen muss. Dies könnte wieder rückgängig gemacht und ein separater Lichtschalter montiert werden.

**Theo Flückiger:** Ich möchte mich bedanken für das Jugend- und Dorffest, es war ein guter Anlass, der bei mir und auch in meinem Umfeld Anklang gefunden hat. Ich habe verschiedene Mitteilungen auf den Weg mitbekommen welche ich noch platzieren sollte.

- Eine Frage war, warum nicht öfter?
- Der Neuzuzügeranlass war als positiver Event angeschaut worden, der Zeitpunkt ist eventuell unglücklich gewählt worden.
- Es haben tolle Konzerte stattgefunden, auch wenn diese zum Teil sehr laut waren. Am Sonntag erschien fast niemand mehr, da es geregnet hat. Wäre es möglich ein Segel zu spannen? So wäre es wetterunabhängiger.
- Der Werbeauftritt war spärlich, dieser dürfte noch mehr publik gemacht werden.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Wieso nicht öfter, ist klar wegen den Kosten. Es findet alle vier Jahre ein Jugendfest statt und das letzte gemeinsame Jugend- und Dorffest ist noch länger zurück. Es lässt sich darüber diskutieren, ob wir dies häufiger machen könnten. Für dieses Jugend- und Dorffest waren auch genügend Sponsoren vorhanden, damit es einigermaßen im Kostenrahmen geblieben ist.

Der Neuzuzügeranlass findet nicht immer am Samstag statt. Er musste jetzt beim Jugend- und Dorffest auf den Samstag gelegt werden, weil am Freitag schon der Sponsorenapéro war und dies nicht gleichzeitig stattfinden konnte.

Betreffend Konzerte, dies nehme ich sehr gerne entgegen für die nächste Organisation.

Beim Werbeauftritt hatten wir nicht das Gefühl, dass es spärlich war. Es gab eine tolle Webseite, wo man alles nachlesen konnte. Die Rundschau hat uns aktiv unterstützt mit der Berichterstattung. Vielleicht ist in der AZ wenig geschrieben worden, ich weiss aber nicht, wie interessant das überregional ist, dass Obersiggenthal ein Jugend- und Dorffest hat.

**Theo Flückiger:** Die Rückmeldung war eher, dass die Plakate etwas früher und grösser hätten sein dürfen.

**Bettina Lutz Güttler:** Ich möchte die Sitzung schliessen und würde mich freuen, wenn noch viele in den Hirschen mitkommen würden.

Die Präsidentin:

Bettina Lutz Güttler

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler